

Academia

Politik. Wirtschaft. Religion. Kultur.

10

Mehr Macht für die EU
und ihr Parlament

15

Schule: Zurück in die
ideologische Steinzeit

27

Die Mythen des
12. Februar 1934

ZANKAPFEL CANCEL CULTURE

Warum uns Sprechverbote und
Sprachgebote ärmer machen



freshidea – stock.adobe.com

4

BEFREIENDES KNEBELN?

Aurelius Freytag

6

**GELASSENHEIT
ALS GEBOT DER STUNDE**

Wolfram Kreipl

10

**MEHR KOMPETENZ UND
SCHNELLERE BESCHLÜSSE**

Wilhelm Ortmayr

12

**HANDLUNGSFÄHIGER,
EFFIZIENTER, STÄRKER**

Othmar Karas

13

**FREIHEIT NACH INNEN,
STÄRKE NACH AUSSEN**

Lukas Mandl

14

**IN DER BESCHRÄNKUNG
ZEIGT SICH DER MEISTER!**

Barbara Thaler

15

**IDEOLOGIE
ODER NEBELKERZEN?**

Eva Teimel

17

(K)EIN DÉJÀ VU?

Herbert Kaspar

18

**„INDIVIDUALISIERTER
UNTERRICHT FÜHRT
IN DIE SACKASSE“**

Pascal Sigg

21

**DAS FUNDAMENT
FÜR ÖSTERREICHS SICHERHEIT**

Stefan Kirchebner

24

**RÜCKT DICHTER
IN DER HEIL'GEN RUNDE?**

Lucas Semmelmeier

27

**DIE MYTHEN
DES 12. FEBRUAR 1934**

Gerhard Hartmann

30

LESERBRIEFE

Ein Jahr *Academia* um 20 Euro

Das Jahres-Abo im Umfang von sechs Ausgaben kostet nur 20 Euro (im Inland) und kann per E-Mail an academia@oecv.at oder per Telefon unter +43-1-405 16 22 31 bestellt werden. Es genügt auch einfach eine Überweisung des Abonnement-Preises auf das Konto AT11 3200 0002 1014 5050 (*Academia*) unter Angabe der Zustelladresse.

LIEBE LESER!

Es war eines der heißen Themen des Sommers 2022: Ravensburger hatte sein Spiel zum neuen Winnetou-Film wegen massiver Rassismuskorrekturen einer kleinen, aber lauten Wokeness-Blase flugs zurückgezogen. Jubelnd, aber doch etwas verärgert über einige Querschüsse, offenbarte daraufhin die „taz“ die tieferen Absichten der Linken: „Natürlich folgte reflexartig der Cancel-Kultur-Aufschrei. Die sich wiederholende Spirale ist nervig, aber wohl vorerst nicht zu umgehen – die Gesellschaft arbeitet an ihrer Veränderung, und das verlangt schmerzhaft Umdenkprozesse vor allem bei denen, die das nicht für nötig halten.“ Wohin diese Gehirnwäscheabsichten führen könnten, analysiert im Aufmacher dieses Heftes Aurelius Freytag (Nc), während der Innsbrucker Philosoph Ulrich Metschl im Interview mit Wolfram Kreipl (Vi) die Lage

zumindes für den universitären Bereich in Österreich eher entspannt einschätzt.

Das „Europajahr“ 2024 könnte in Brüssel massive Veränderungen bringen. Das Parlament begehrt mehr Macht für sich und mehr Kompetenzen für die EU generell. Rot und Grün sind dafür, Blau dagegen, die ÖVP rennt in alle Richtungen. Othmar Karas (Walth), Lukas Mandl (Rt-D et al.) und Barbara Thaler erklären, warum sie unterschiedliche Haltungen einnehmen.

Gezerrt gibt es aktuell auch in der Schulpolitik – auf mehreren Ebenen. Eva Teimel, oberste Personalvertreterin der AHS-Lehrer, setzt sich mit den SP-Ideen einer notenfreien Schule und der Abschaffung der Matura auseinander, danach nimmt der Schweizer Bildungsexperte Beat Kissling PISA zum Anlass, Kritik an der zunehmenden

Individualisierung des Grundschulunterrichts zu üben. Er fordert Lehrer, die wieder führen und gestalten anstelle wohlfeilorientierter Lernbegleiter.

Die sich rasch verändernde Bedrohungslage für Österreichs Sicherheit hat das Verteidigungsministerium zum Anlass genommen, die Geistige Landesverteidigung inhaltlich neu zu denken und diese Neudefinition auch zu kommunizieren, nicht zuletzt in den Schulen, wie der verantwortliche Offizier Stefan Kirchebner erklärt, ehe sich Lucas Semmelmeier (Rt-D) Gedanken über das freiwillige Engagement in der Kirche, in sozialen Initiativen und vor allem in Studentenverbindungen macht.

Gerhard Hartmanns (Bajet al.) Thema gibt diesmal der 12. Februar 1934 kalendarisch vor. Seine Analyse der Ereignisse



nisse unter Einbeziehung aller Fakten und Quellen (nicht nur ausgewählter) bildet den Abschluss des Heftes und rückt einige Mythen zurecht, die sich um die blutigen Februartage 1934 ranken.

Eine spannende Lektüre wünscht

Wilhelm Ortmayr (Lo, NdW)
Chefredakteur

Academia Ausgabe 1/2024 (Jänner).

Medieninhaber: Cartellverband der katholischen österreichischen Studentenverbindungen (ÖCV). **Mit der Herausgabe beauftragt:** Chefredakteur Wilhelm Ortmayr. **Redaktion:** Gerhard Jandl, Lucas Semmelmeier, Herbert Kaspar, Gerhard Hartmann, Wolfram Kreipl, Josef Schuster.

Layout: Stephanie Pirker-Seiler. **Verlagsleitung:** Wilhelm Ortmayr. **Redaktionsmanagement:** Clemens Mayer.

Adresse (alle): Lerchenfelder Straße 14, 1080 Wien; +43 1 405 16 22–31; academia@oecv.at; www.academia.or.at.

Reproduktion/Druck: Print Alliance HAV Produktions GmbH, 2540 Bad Vöslau.

Fotos/Grafiken (sofern nicht anders angegeben): Academia-Archiv, ÖCV-Archiv, Adobe Stock, Pixabay.

Cover: Adobe Stock. **Verkaufspreis:** EUR 3,00. **Abo:** EUR 20,00/Jahr (Inland, Normalpreis). **Verkaufsstellen:** Wien 8, ÖCV-Sekretariat, Lerchenfelder Straße 14; Wien 15, Trafik Lippa, Mareschgasse 32. Bruck/M.: Trafik Kamper, Herzog-Ernst-Gasse 23. Hartberg: Trafik Denkmeyr, Kirchengasse 6. Innsbruck: Trafik Wacker, Museumsstraße 38; Trafik Sezemsky, Brunecker Straße 1.

Hinweise: Beiträge, die die offizielle Meinung des ÖCV wiedergeben, sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Publikationen stellen nur die persönliche Meinung des Autors dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewährleistung übernommen. Redaktionell abgeschlossen am 18.01.2024.

BEFREIENDES KNEBELN?

„CANCEL CULTURE“ ALS KULTURKAMPF

AURELIUS FREYTAG

Ich teile Ihre Meinung nicht, aber ich würde mein Leben dafür einsetzen, dass Sie sie äußern dürfen, so angeblich Voltaire. Fundamental wie die grundrechtlich gesicherte Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit sowie die Freiheit der Meinungsäußerung ist für die Demokratie auch die Möglichkeit, Meinungen offen kritisieren zu dürfen. Doch ausgehend von Universitäten, die dafür eine Agora bereitstellen sollten, hat sich Kritik zunächst in den USA, inzwischen auch in Europa teils zu ihrem Missbrauch durch einen toll gewordenen Mob pervertiert, der knebelt, bedroht und vertreibt, wer seinen Ansprüchen nicht gehorcht. „Social Media- Plattformen“ machen den Mob aufwiegelbar und durchsetzungskräftig wie nie zuvor.

In einer Umfrage der New York Times aus 2022 erkann-

ten 84 Prozent ein Problem darin, dass manche US-Bürger ihre Ansichten aus Furcht vor schneidender Missbilligung nicht mehr äußern können, 46 Prozent sahen ihre Meinungsäußerungsfreiheit im letzten Jahrzehnt geschmälert und bloß 34 Prozent bejahten, dass allen diese Freiheit gesichert sei. Die Studentenvertretung an der Universität für angewandte Kunst in Wien wandte sich 2019 gegen eine Einladung an Alice Schwarzer, weil ihre Kritik der Prostitution sexarbeitsfeindlich, des Kopftuchs antimuslimisch-rassistisch und der Gender-Theorie transphob sei und sie eine diskriminierungsfreie Hochschulkultur bedrohe.

SPRACHPOLIZEI MIT ABSURDEN AUSWÜCHSEN

Es ist komplizierter. In der McCarthy-Ära konnte der Kommunismus-Vorwurf Karrieren



beenden. In Kontinentaleuropa war bis in die 1960er-Jahre zu deutliche Kritik am bestehenden politischen System an Universitäten und Schulen unerwünscht und mit Conse-

quenzen bedroht. Und wenn man auf die letzten Jahre zurückblickt, leiteten Bedenken an Lockdowns (deren Ertrag zweifelhaft wurde) den sozialen Tod ein.

Gewandelt hat sich aber die ideologische Basis der „Cancel Culture“ an Universitäten, jetzt ein grassierender Foucault-Ismus, der zur absurden Sprachpolizei degenerierte. Michel Foucault analysierte, dass Macht nicht bloß durch klassisch staatliche Instrumente, sondern auch durch sprachliche Dispositive und die Praktiken normalisierender Institutionen ausgeübt wird. In seiner pessimistischen Weltsicht steht die Überwachung in modernen Gefängnissen körperlicher Folter nicht nach, bedroht die Hospitalisierung in psychiatrischen Kliniken Außenseiter nicht weniger als ihr Verstoß in mittelalterliche Asyle. Macht und ihr Missbrauch werden bei Foucaults Nachfolgern ubiquitär, jedes falsche Wort kann als unterdrückend beschrieben werden, was es mundtot zu machen rechtfertigt. Das wird umso gefährlicher, als auch die deskriptive Kraft der Sprache beargwöhnt wird, die ein bloßer Spiegel von Machtverhältnissen sei. Bei Judith Butler ist die Beschreibung körperlicher Merkmale als Geschlechtsorgane Ausdruck gesellschaftlichen Machtmissbrauchs, der die freie „Gender“-Wahl bedroht.

DER FUROR MACHT BLIND

In den USA hat dieser Foucault-Ismus auf der Linken ein bedenkliches Amalgam mit der Frustration über langsame Fortschritte in der Emanzipation von Afro-Amerikanern gebildet.

Man misstraut ob dieser Misserfolge dem Potential des demokratischen liberalen Rechtsstaats. Ikonen der „Critical Race“-Theorie wie Kimberlé Crenshaw oder Derrick Bell fordern stattdessen eine kulturelle Hegemonie bisher benachteiligter, von ihnen essentialistisch identitär definierter Gruppen zur Durchsetzung ihrer Ansprüche gegen ein Myzel rassistischer und unterdrückender Mikroaggressionen, auch in der Sprache, mit welcher eine weiße Suprematie die Institutionen des demokratischen, liberalen Rechtsstaat dominiere.

Vom linken Flügel der US-Demokraten bis zu Linken und Grünen bei uns wurden diese Forderungen rezipiert. Nicht ohne Ironie beobachtet man, wie Leute, die sich als anticolonialistische Kritiker der USA geben, eine spezifische US-Form der Missbilligung (angeblich) herrschender Verhältnisse konsumieren wie ihre Großeltern Coca-Cola als befreiende Brause. Freilich macht diese Sichtweise, die von realen oder behaupteten Unterdrückungen in den USA ausgeht, oft für andere, nicht minder problematische Unrechtsverhältnisse blind: Homophobie in Afrika und vielen islamischen Ländern, neue Sklaverei in Afrika und Asien, anti-asiatischen Rassismus, Antisemitismus oder Christenverfolgungen. Und Francis Fukuyama stellte fest, dass linke Gruppen in den USA, die Rechten eliminatorische Bestrebungen gegen

ethnische und religiöse Minderheiten vorwerfen, nicht minder eliminatorische Forderungen gegen konservative Meinungsäußerungen in der Politik erheben. Die europäische Linke folgt auch hier US-Vorbildern.

WENIGER MEINUNGSFREIHEIT, KEIN QUALITÄTSGEWINN

Wo die weltabbildende Kraft der Sprache bezweifelt, diese aber umfassend als Ausdruck kritischer Machtverhältnisse verstanden wird, die zu überwinden sind, wird Kritik an Meinungsäußerungen willkürlich und kann jeder politischen Propaganda dienstbar gemacht werden. Das wird durch deren moralische Aufladung als Instrument zur Beendigung von Unterdrückung noch problematischer.

Die Sprachdiktate befeuern als Gegenbewegung eine Guerilla des generischen Maskulins, und, schlimmer, eine lustvolle, oft rassistische Verletzung sprachlicher Tabus: „Man wird doch Neger oder Zigeuner sagen, den einen Faulheit und den anderen Kleinkriminalität vorwerfen dürfen.“ Linke und Rechte unterstützen so einander, die Exzesse der einen treiben die der anderen voran und die Frage, wer den ersten Anstoß gab, wäre so müßig wie die nach dem Primat der Henne oder

des Eis. An Universitäten ist eine Leugnung der moralisierenden Sprachdiktate wie der zensurierenden „Cancel Culture“ verbreitet; teils weil man ihrer Ideologie folgt, teils weil man verabscheuten rechten Spießern keine Munition liefern will. Als hätte das Leugnen von Problemen uns je vorgebracht.

Respektlose Sprache dient nicht der Qualität demokratischer Diskurse. Meinungsfreiheit nimmt sie dennoch, mangels besserer Alternativen, hin, ohne Verachtetes eliminierend mundtot zu machen, aber ermöglicht seine Kritik. Der moralisierende Foucault-Ismus, der die Hegemonie angeblich ihre Macht missbrauchender Gruppen bloß durch die Hegemonie angeblich zuvor Unterdrückter ablösen will, stürzt uns aber von einem, wie auch immer defizitären, Status der Zivilisierung des Meinungsstreits zurück in einen Kampf der Kulturen, wo, in einer Art Tscheka-Mentalität, der Lärm der Anklage das abgewogene Urteil ersetzt und am Ende die Übermacht siegt, welcher Mittel immer sie sich bedient. Die „Cancel Culture“ ist Ausdruck eines tribalistischen Kampfes. Wenn dabei die sympathischere Seite siegt, kompensiert das nicht die Folgen zerstörter Diskussionskultur auf den liberalen Rechtsstaat.



Aurelius Freytag (Nc)

ist Rechtsanwalt und Partner der Eversheds Sutherland Rechtsanwälte GmbH.

GELASSENHEIT ALS GEBOT DER STUNDE

Leiden die Wissenschaften unter einer Kultur der Zensur? Gefährdet „Cancel Culture“ die Wissenschaftsfreiheit? Gibt es überhaupt so etwas wie eine umgreifende Einschränkung der freien Meinung an den Universitäten? Darf man überhaupt noch irgendetwas ungestraft sagen? Über diese und weitere Fragen spricht Assoz. Prof. Ulrich Metschl von der Universität Innsbruck im Interview.

WOLFRAM KREIPL



DIGITALSHAPE – stock.adobe.com

Beginnen wir mit einem Beispiel: Dorian Abbott, ein Geophysiker, kritisierte mehrfach integrative und diversitätsfördernde Praktiken bei der Aufnahme von Studenten an Universitäten und sprach sich für einen Zugang der Exzellenzförderung aus. Als Konsequenz der medialen Reaktion wurde ihm ein Vortrag am MIT gestrichen. Sind solche Vorfälle im

Bereich der Wissenschaften Einzelfälle oder verbreitet?

Es ist schwer zu sagen, wie verbreitet derartige Vorkommnisse sind, weil man von Vorfällen, wenn es keine Konsequenzen gibt, nichts hört. Man müsste wissen, in wie vielen Fällen solche potentiell anzuprangernden Äußerungen überhaupt passieren. Ich kann mir gut vor-

stellen, dass viele Fälle, in denen gleiches, ähnliches oder vergleichbares geäußert wird, ganz folgenlos bleiben. Die oft zu hörende Meinung ist freilich, dass derartige Vorfälle Ausdruck einer um sich greifenden Einschränkung der Meinungsfreiheit sind, so dass auch sachlich gemeinte Überlegungen nicht geschützt ausgesprochen werden können. Doch solches

zu behaupten ist schwierig und ich glaube nicht, dass es ungeachtet der – mitunter durchaus bedauerlichen – Einzelfälle dafür wirklich belastbare Belege gibt.

Oft wird behauptet, dass „Cancel Culture“ eher ein Kampfbegriff der politischen Rechten ist, um der Linken den Vorwurf zu machen, eine Kultur der Zensur

etablieren zu wollen, so dass rechtskonservative Meinungen an den Universitäten nicht mehr gehört werden. Ist dem etwas abzugewinnen?

Mein Eindruck ist in der Tat, dass der Begriff einer „Cancel Culture“ eher aus dem konservativen Milieu stammt und darin ein Generalverdacht formuliert wird, der nicht wirklich berechtigt ist. Wenn man dem ganzen wohlwollend gegenüber treten will, dann muss man sagen, dass es Tendenzen gibt, bei denen manche gut gemeinte Idee in einen jakobinischen Eifer umschlägt. Das kann man zu Recht kritisieren. Ein menschliches Maß ist da hilfreich.

Pippa Norris schreibt in ihrem Paper „Cancel Culture – Myth or Reality?“, dass Wissenschaftler geneigt sind, Meinungen, die kontrovers sind, eher nicht zu teilen. Diese Einstellung ist etwas, das wohl ohne Zweifel der freien wissenschaftlichen Debatte schaden kann. Wie sehen sie das?

Ganz theoretisch könnte man sagen, dass dies ein Problem werden könnte, wenn

eine Kultur der (Selbst-)Zensur oder sogar eine weltanschauliche Homogenität um sich griffe. Die Frage ist aber eher, ob ein solcher Zustand bereits erreicht ist, ob also eine derartige Selbstzensur in großem Ausmaß bereits stattfindet. Man könnte umgekehrt argumentieren, dass etwas Zurückhaltung durchaus hilfreich sein kann, weil sie manch unbedachte Äußerungen vielleicht unterbindet. Dass jemand wegen des Umstands, dass mittlerweile mehr ethische Sensibilität gefordert wird, gezwungen ist, sich damit auseinanderzusetzen, was Äußerungen bewirken können und was sie für manche Personen bedeuten, muss kein Fehler sein. Die andere Seite ist, dass es durchaus Strömungen gibt, die die Wissenschaftsfreiheit einschränken wollen, dies aber aus ganz anderen Richtungen. Ein Beispiel hier wäre etwa die Klimaforschung, wo durch finanziell gut ausgestattete Gruppierungen prominente Forscher persönlich in Misskredit gebracht wurden und tatsächlich diejenigen, die den wissenschaftlichen Kenntnisstand öffentlich vertreten, sich auf persönlicher

Assoz. Prof. Dr. Ulrich Metschl habilitiert 1994 im Bereich der Philosophie und lehrt seit 2004 an der Universität Innsbruck. Er spezialisiert sich auf Themen der Wissenschaftstheorie und – ethik und der politischen Philosophie. 2016 erschien von ihm „Vom Wert der Wissenschaft und vom Nutzen der Forschung: zur gesellschaftlichen Rolle akademischer Wissenschaft“ im Springer Verlag.



Ebene mitunter massiven Anfeindungen ausgesetzt sehen. Das ist etwas, das weit bedenklicher ist, weil es dazu führen kann, dass wirkliche Erkenntnisse nicht mehr so frei zirkulieren können, wie es sonst der Fall und vor allem wünschenswert wäre.

Oliver Vitouch, Rektor der Universität Klagenfurt meint im Interview mit dem ORF, dass eine komplette Vermeidung jeglicher Diskriminierung im Diskurs nie möglich sein werde und eine Reaktion von Betroffenheit statt Argumenten als Mittel der Wahl nur zur Stummheit im wissenschaftlichen Diskurs führen kann. Wie sehen Sie die

Möglichkeit eines Diskurses frei von Diskriminierung?

Das kann ich spontan nur schwer nachvollziehen. Natürlich kann sich faktisch immer irgendjemand ans Portepée gefasst fühlen. Doch hier sollten wir zwischen Befindlichkeiten, die nicht das rechte Maß wahren, und berechtigter Kritik unterscheiden. Ich kann mich nicht über alles, was mir persönlich missfällt, begründet beschweren, und ich habe nicht immer recht mit der Meinung, mir geschehe Unrecht, nur weil ich dies subjektiv so empfinde. Um eine Verletzung berechtigterweise geltend zu machen, muss



VERTRAUEN durch Sicherheit.

Ihr Notariat in Ihrer Nähe bietet mit der **NOTARTREUHANDBANK AG** bewährte Qualität und Sicherheit.

Vorteile der Abwicklung über die NOTARTREUHANDBANK AG

- Sicherheit für die Klienten
- Sicherheit durch die notarielle Abwicklung
- Hohe EDV- Sicherheit

www.ihr-notariat.at



sie als eine solche auch für andere nachvollziehbar sein, wie uns nicht zuletzt Adam Smith und John Stuart Mill beigebracht haben.

Doch selbst wenn es so ist, dass wir Tendenzen der Diskriminierung nicht immer vermeiden können, heißt das noch lange nicht, dass wir es nicht versuchen sollten. Darin liegt doch ein moralischer Fortschritt, dass wir sensibler geworden sind und nachvollziehen können, wo Diskriminierung stattfindet und darauf entsprechend und darauf entsprechend achtgeben – oder uns wenigstens bemühen. Damit verbindet sich auch ein gesellschaftlicher Lernprozess. Eine Gesellschaft muss die Frage des fairen Miteinanders immer wieder neu für sich aushandeln. Es ist kaum eine Entschuldigung, dass es ohnehin nicht ginge, Diskriminierung komplett zu vermeiden.

Die zentrale Frage der „Cancel Culture“ ist wohl, ob es sich dabei um eine Form von „Accountability“ [Verantwortung] für Aussagen vermeintlicher diskriminatorischer Natur handelt, oder ob die Praktik, Forschern die wissenschaftliche Plattform zu entziehen, eine ungerechtfertigte Einschränkung von Meinungsfreiheit darstellt.

Das ist eine Frage der Gesamtbewertung. Was bedeutet das insgesamt? Wenn sich jemand hartnäckig desinteressiert oder unsensibel zeigt,

dann spricht das vielleicht gegen die Person, die man dann auf dieser Ebene kritisieren kann, mit all den Konsequenzen, die sich daraus ergeben können. Es stellt sich natürlich die Frage, ob Personen in Ämtern und Positionen richtig sind, wenn sie sich wiederholt im Ton vergreifen und allzu unbedarft oder unbedacht reden. Hier gibt es sicher eine Verantwortung aus dem Amt oder der Position heraus und bezogen auf die Rolle der Person in dieser Position. Zu bedenken ist aber auch, dass es unterschiedliche Formen und Grade der Verantwortung und Schuldhaftigkeit gibt, die zu berücksichtigen sind. Natürlich sollten wir immer zweimal hinschauen, wie etwas gemeint ist, und es muss auch nicht jedes Wort auf die Goldwaage gelegt werden. Es gibt natürlich manche, denen etwa das sprachliche „Gendern“ nicht recht passt, und sie melden sich gerne auch lautstark zu Wort. Aber auch die größten Kritiker des „Genderns“ werden zugeben müssen, dass eine geschlechtergerechte Sprache nun einmal ihre moralische Rechtfertigung hat, wenn denn der Begriff der Gerechtigkeit nicht gänzlich gegenstandslos werden soll.

Was man ebenfalls oft hört ist, dass „Cancel Culture“ weniger daran interessiert ist, sich tatsächliche Lösungen zu überlegen, wie mit Diskriminierung umzugehen ist, sondern eher, wie man den vermeintlich Diskriminierenden das „Leben



„Eine offene und freie Gesellschaft wird Misstöne, auch auf persönlicher Ebene, mitunter einfach nur ertragen können und das allgemeine Rezept, damit umzugehen, ist vielleicht einfach etwas mehr Gelassenheit.“

möglichst schwer machen“ kann. Wie sehen Sie das?

Es ist wohl ein allgemeines Phänomen, dass ein öffentlicher Diskurs von der sachlichen in eine persönliche Ebene rutscht beziehungsweise zu einem Spiel um Macht und Einfluss wird. Wie wäre das zu verhindern? Ich wüsste das zu verhindern? Ich wüsste kein probates Mittel. Eine offene und freie Gesellschaft wird Misstöne, auch auf per-

sönlicher Ebene, mitunter einfach nur ertragen können und das allgemeine Rezept, damit umzugehen, ist vielleicht einfach etwas mehr Gelassenheit. Es wird immer jemanden geben, der versucht, einem ein Bein zustellen. Der Doktorvater meines Doktorvaters war der Meinung, dass gerade Universitäten höchst intrigante Institutionen sind – und vielleicht hat er damit nicht unrecht.

Das würde dafür sprechen, dieses Phänomen insgesamt weniger ernst, eher von der komödiantischen Seite zu nehmen, so unschön die Auswirkungen im individuellen Fall für davon Betroffene natürlich oft sind. Auch oder obwohl es sich dabei oft nur um ein altvertrautes Ränke-spiel handelt und nicht um sachliche und berechtigte Kritik, sollten wir die Verletzungen, die dabei entstehen, zum Anlass nehmen, uns wiederum kollektiv unserer gemeinsamen moralischen Ansprüche, vor allem an uns selbst, zu besinnen.

Zusammengefasst: Müssen wir im Kontext der „Cancel Culture“ von einem Konformitätsdruck in den Wissenschaften sprechen?

Ich glaube nicht, dass wir von einem Konformitätsdruck sprechen müssen. Die Möglichkeit, sich frei zu äußern ist, nach wie vor uneingeschränkt vorhanden. Doch findet der Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit mittlerweile unter anderen Bedingungen statt als sie, sagen wir, vor 50 Jahren noch bestanden. Daher wird mitunter eine gewisse Sensibilität dafür erwartet, wie man sich äußert. Alles andere wäre eine gewisse Unbedarftheit oder übertriebene Nonchalance, die der Wissenschaft nicht gut zu Gesicht steht.

Natürlich ist es der Fall, dass gewisse Tendenzen manchen schlicht nicht passen, aber wir sollten erkennen, dass

die von manchen so lautstark kritisierten Entwicklungen durchaus Ausdruck eines moralischen Fortschritts auf gesellschaftlicher Ebene sind. Sie sind sicher nichts, was Wissenschaftsfreiheit gefährdet. Wenn es etwas gibt, das Wissenschaftsfreiheit gefährdet, dann sind das organisierte Interessen, wie wir sie im Fall der Klimaforschung haben wirken sehen, aber vor Debatten ums „Gendern“ brauchen wir uns kaum zu fürchten. Diese tun im Gegenteil den Wissenschaften und der Forschung gut, weil sie dazu führen, dass Gruppierungen, die als Beitragende bislang gar nicht wahrgenommen wurden, endlich mitwirken werden und so die Möglichkeit bekommen, etwas beizutragen und ihre Perspektiven einzubringen. Und dies gilt keineswegs nur für Sozial- und Geisteswissenschaften, sondern durchaus auch für Naturwissenschaften, wie die Wissenschaftsphilosophie längst erkannt hat. Es gibt also Gründe, bislang marginalisierte Gruppen zu fördern und sichtbar zu machen, und diese Gründe sollte man ernsthaft erwägen, auch wenn einem zunächst die ganze Richtung, vielleicht auch nur, und dann berechtigterweise, der jakobinische Furor nicht behagt. Ich kann jedenfalls in dem, was hier mitunter verdächtigt wird, keine Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit erkennen.

Davon abgesehen gilt, dass in Forschung und Wissen-

Kanalinseln

Jersey – Inseljuwel im Ärmelkanal mit Ausflügen nach Guernsey & Sark
08. – 15. Juni 2024

Flug, 3*-Hotel in St. Helier, Halbpension, Ausflüge, lokale Reiseleitung
Pauschalpreis ab € **2.480,-** p.P. im DZ

Wir haben noch einige Plätze frei!
Bitte rasch anmelden!

Solaris Deluxe

Yachtcharter durch die dalmatinische Inselwelt in Kroatien: Split – Inseln Hvar, Mljet, Korčula & Brač – Trogir – Dubrovnik

05. – 12. Oktober 2024

Flug, Nächtigungen auf dem Yachtcharter, Halbpension, Ausflüge, lokale Reiseleitung
Pauschalpreis ab € **1.995,-** p.P. in der Doppelkabine

Informationen: Dr. Helmut Zehmann v/o Hermes, Am
0676/3045855
helmut.zehmann@aon.at

reisewelt.at

schaft eine zunehmende Spezialisierung stattfindet, Forschungsfragen also immer kleinteiliger werden, und dann ist die Frage nach Meinungsfreiheit erst recht keine, die greifen wird.

Das ist eher eine Frage, wenn es um die öffentliche Wirksamkeit von Forschung geht?

Wissenschaft hat natürlich eine öffentliche Funktion und muss, wie zum Beispiel bei der Klimaforschung, eine, wie immer das genau zu verstehen ist, faktenba-

sierte Grundlage für politische Entscheidungen bieten. Diese ist oft eine mittelbar aus kleinteiligen Resultaten in Metastudien zusammengesetzte Grundlage. Das Entscheidende daran ist: Wir müssen uns dann darauf verlassen können, dass diese einzelnen Resultate ungehindert von etwaigen Einflüssen seitens des öffentlichen Diskurses zustande gekommen sind. Bislang können wir davon einigermaßen verlässlich ausgehen, jedenfalls so lange nicht Lobbyinteressen ihr gefährliches Spiel gespielt haben.

Prof. Wolfram Kreipl, BE (Vi)
ist Mittelschullehrer. Er unterrichtet Mathematik, Physik und Informatik.

MEHR KOMPETENZ UND SCHNELLERE BESCHLÜSSE

Mehr Macht für sich selbst, gestärkte Kompetenzen für die Union und erleichterte Beschlüsse auf allen Ebenen – das EU-Parlament liebäugelt mit einer gravierenden Änderung der Grundlagenverträge der Union. Uneinigkeit darüber herrscht vor allem auf ÖVP-Seite.

WILHELM ORTMAYR



Das EU-Parlament hat Ende November (wie üblich völlig unbemerkt von der österreichischen Medienöffentlichkeit) ein Paket von Reformvorschlägen gebilligt, die die EU handlungsfähiger machen und der Bevölkerung mehr Mitspracherecht geben sollen. Die Gesetzgebungsverfahren, so das Parlament, „müssten an die heutigen Herausforderungen angepasst

werden“ – ein Ansinnen, das vor dem Hintergrund beispielloser geopolitischer Herausforderungen, zahlreicher internationaler Krisen, aber auch innerer Spannungen nicht überrascht.

Angestrebt wird die größte „Reform“ der Grundlagenverträge seit Bestehen der Union. Zur Umsetzung soll der Europäische Rat im De-

zember 2024 einen Konvent zur Überarbeitung der Verträge einberufen.

HANDLUNGSFÄHIGER

Geht es nach dem Willen des Parlaments, soll ein echtes Zweikammersystem geschaffen werden. Das Parlament soll das volle Initiativrecht sowie das Recht bekommen, über den Langzeithaushalt

der EU zu bestimmen. Zudem drängt das Parlament spürbar darauf, die Zahl der Blockaden im Rat zu verringern. Man möchte weg vom Einstimmigkeitsprinzip und deutlich mehr Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit und im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren herbeiführen.

Die Regeln für die Zusammensetzung der Kommis-

sion sollen überarbeitet werden und die Kommission soll künftig „Europäische Exekutive“ heißen. Bestehen soll sie nicht mehr aus 27, sondern nur noch aus 15 Mitgliedern, was ein Rotationsprinzip zwischen den Mitgliedstaaten notwendig macht. Auch soll es neue Regeln für die Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten geben: Künftig soll das Parlament das Wahlrecht haben und der Europäische Rat soll ihn beziehungsweise sie nur noch bestätigen – die Rollen sollen also umgekehrt werden. Der Präsident (die Präsidentin) soll in Zukunft sein (ihr) Kollegium auf der Grundlage politischer Präferenzen wählen können, wobei für geografische und demografische Ausgewogenheit zu sorgen ist. Die Vorschläge umfassen auch einen Mechanismus zur Ablehnung einzelner Kommissarinnen oder Kommissare.

Der Rat soll wesentlich transparenter werden und die Standpunkte der Mitgliedstaaten zu legislativen Fragen veröffentlichen.

DEMOKRATISCHER

Die Bevölkerung soll mehr Mitspracherecht bekommen: Die EU soll geeignete Beteiligungsmechanismen wie Volksbegehren schaffen und die Rolle der europäischen politischen Parteien soll gestärkt werden.

Gleichzeitig strebt das Parlament eine Reform des EU-Wahlrechts an. Dazu zählt der Vorschlag, künftig in

2024 – IM ZEICHEN EUROPAS

Der diesjährigen Wahl des Europäischen Parlaments (in Österreich am 9. Juni) folgt drei Tage später das 30-Jahr-Jubiläum der Volksabstimmung über den EU-Beitritt Österreichs. Europa und die Europäische Union werden daher in der *Academia* das ganze Jahr über einen besonderen Stellenwert haben. Dieser Beitrag über die Bemühungen des Parlaments, die Verträge weitgehend zu reformieren, bildet den Anfang dieser Schwerpunktsetzung.

Die am 10. Mai erscheinende Ausgabe wollen wir dann fast zur Gänze dem Thema Europa widmen und hinterfragen, wo die Union tatsächlich Grenzen abgebaut und ihren Bürgern mehr Chancen und Freiheiten eröffnet hat und wo noch deutlicher Nachhol- und Reformbedarf besteht. Es soll ein Blick zurück und nach vorne werden, nicht zuletzt aber auch ein Blick über die Grenzen der EU hinaus, etwa Richtung Balkan oder ins Vereinigte Königreich.



ganz Europa zum selben Zeitpunkt zu wählen (an zwei Tagen). Ebenfalls im Diskussionsstadium befindet sich die Idee, vom reinen System der nationalstaatlichen Listenwahl abzugehen und die Schaffung „europäischer“ Kandidatenlisten zu ermöglichen, womit es auch möglich wäre, Kandidaten aus anderen Staaten zu wählen.

MEHR KOMPETENZEN

Unter dem Titel „Mehr Zusammenarbeit auf EU-Ebene“ fordern die Abgeordneten mehr Befugnisse für die EU in Umweltfragen. Auch sollen die Bereiche öffentliche Gesundheit (insbesondere grenzüberschreitende Gesundheitsbedrohungen sowie sexuelle und reprodukti-

ve Gesundheit und die damit verbundenen Rechte), Katastrophenschutz, Industrie und Bildung, für die derzeit ausschließlich die Mitgliedstaaten zuständig sind, künftig in den gemeinsamen Zuständigkeitsbereich der EU fallen. Die gemeinsame Zuständigkeit in den Bereichen Energie, auswärtige Angelegenheiten, äußere Sicherheit und Verteidigung, Außengrenzpolitik und länderübergreifende Infrastruktur soll ausgebaut werden.

NÄCHSTE SCHRITTE

Die Abgeordneten haben mit ihrer Zustimmung den Rat aufgefordert, die Vorschläge umgehend und ohne Beratungen dem Europäischen Rat vorzulegen. Nun sind die

Staats- und Regierungschefs an der Reihe: Sie beschließen, ob sie einen Konvent einberufen – und zwar mit einfacher Mehrheit.

KNAPPE MEHRHEIT

Das EU-Parlament nahm den Bericht der fünf federführenden Berichterstatter mit sehr knapper Mehrheit, nämlich 305 zu 276 Stimmen bei 29 Enthaltungen an. Die entsprechende Entschließung wurde sogar nur mit 291 zu 274 Stimmen bei 44 Enthaltungen angenommen. Beide Papiere können im Detail unter https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0427_DE.html nachgelesen werden.

ÖVP VOTIERT QUER DURCH

Aus österreichischer Sicht verlief das Votum insofern spannend, als die Abgeordneten von SPÖ und Grünen für den Vorschlag stimmten, die FPÖ-Riege dagegen, während bei den Mandatären der ÖVP enorme Pluralität herrschte: Othmar Karas (Walth) votierte mit Ja, Bauernbündler Alexander Bernhuber sowie Barbara Thaler, die neugewählte Tiroler Wirtschaftskammer-Präsidentin und Burgenlands ÖVP-Obmann Christian Sagartz stimmten dagegen, Lukas Mandl (Rt-D et al.) enthielt sich.

Academia hat daher die Abgeordneten Thaler, Karas und Mandl gebeten, ihre Haltung zu den angedachten Reformen etwas näher zu erläutern.



OTHMAR KARAS

DIE EU DER ZUKUNFT: STÄRKER, HANDLUNGSFÄHIGER, EFFIZIENTER

Das EU-Parlament geht mutig und entschlossen voran, um die liberale europäische Demokratie und die Europäische Union als „Global Player“ nach innen wie nach außen in Zeiten multipler Krisen zu stärken.

Die liberale europäische Demokratie steht von innen und von außen unter Druck. Einerseits erleben wir so viele multiple, komplexe und grenzüberschreitende Herausforderungen gleichzeitig wie schon seit 1945 nicht mehr: der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die Terrorangriffe der Hamas und der Krieg im Nahen Osten, die Klimakrise, die Teuerung, die Energiekrise, die Asyl- und Migrationskrise, die Covid-19-Pandemie, die Digitalisierung, künstliche Intelligenz, ausländische Einmischung, Desinformation und Falschinformation, Abhängigkeiten und dadurch Erpressbarkeiten.

Andererseits ist die Europäische Union von innen durch Akteure herausgefordert, welche Polarisierung, Inszenierung, Schuldzuweisung, Erpressung und Blockade über die Suche nach gemeinsamen Lösungen stellen.

Vermeintlich „einfache Antworten“ werden der realen Komplexität nicht gerecht. Durch „Stimmungsmache“ kommen verantwortliche Entscheidungen unter die Räder. Die Gewährleistung von Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Justiz, Meinungs-, Medien- und Pressefreiheit wird bedroht. Recht wird gebrochen, Werte werden verletzt, Vertrauen geht verloren.

In diesem Kontext stoßen wir mit dem derzeitigen EU-Vertrag von Lissabon, der vor mehr als 24 Jahren in Kraft getreten ist, an unsere Grenzen. Mit der Konferenz zur Zukunft Europas sind im Rahmen eines europaweiten Bürgerdialogs erstmals Vertreter der Bürger gemeinsam mit den Abgeordneten und den Regierungsvertretern am Tisch gesessen, um Zukunftsreformen zu erarbeiten, die in 49 Vorschläge und 326 Maßnahmen gemündet

sind. Mit den fraktionsübergreifend ausverhandelten konkreten Vorschlägen zur EU-Vertragsreform zieht das Europäische Parlament daraus eine wichtige Konsequenz. Zum ersten Mal in der Unionsgeschichte hat eine EU-Institution, nämlich die Europäische Bürgerkammer, im Zuge des sogenannten Artikel-48-Verfahrens konkrete Vertragsänderungen beschlossen und damit einen wichtigen Schritt zur Umsetzung der Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas gesetzt.

Der Forderungskatalog spricht eine klare Sprache: Wir brauchen eine handlungsfähigere, effizientere und stärkere Europäische Union für

die Zukunft nach innen wie nach außen. Wir treten daher für die Einberufung eines Verfassungskonvents ein, sind für die Beseitigung des Einstimmigkeitsprinzips durch demokratische Mehrheitsentscheidungen, fordern europäische Zusammenarbeit statt Blockade zur Schaffung einer Energie-, Gesundheits-, Sozial-, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungsunion sowie ein europäisches Wahlrecht, die Budgethoheit und europäische Volksabstimmungen. Jetzt liegt der Ball bei den Mitgliedstaaten. Noch vor den Europa-Wahlen im Juni 2024 müssen sie Stellung beziehen.

Bei Fragen und Anregungen stehe ich mit meinem Team jederzeit gerne zur Verfügung.

Dr. Othmar Karas

ist erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments.

www.othmar-karas.at

othmar.karas@europarl.europa.eu



LUKAS MANDL

FREIHEIT NACH INNEN, STÄRKE NACH AUSSEN

Als ich vor gut zehn Jahren zum Vorsitzenden des Europausschusses des Niederösterreichischen Landtags gewählt worden war, wurde eine der zentralen Aufgaben die Prüfung von Vorhaben der EU auf ihre Vereinbarkeit mit dem Prinzip der Subsidiarität. Das lief und läuft bis heute über Beschlüsse des Landtags, die durch den Bundesrat an die EU-Institutionen herangetragen werden. Wenn das mehrere regionale Parlamente tun, kann eine sogenannte „Subsidiaritätsrüge“ eine zentralistische EU-Regulierung stoppen.

Besonders in Zeiten, in denen wir in eine neue Prohibition mit allerlei Versuchen zentralistischer Überregulierung schlittern, scheinen mir Modelle wie diese dringend und wichtig. Daher habe ich im Europaparlament dafür gestimmt, dass mitgliedstaatliche Parlamente das Europaparlament formal mit einer Materie befassen können.

Parlamentarismus bedeutet, dass wir in der Definition unseres Zusammenlebens Parlamentsmitglieder damit beauftragen, auf begrenzte Zeit im Namen derer zu sprechen und zu entscheiden, die sie vertreten. Die repräsentative Demokratie, verbunden mit Gewaltenteilung, achtet Menschenwürde und Freiheitsrechte und erhält am ehesten den sozialen Frieden. Freilich können und sollen parlamentarische Systeme stets weiterentwickelt werden.

Im Fall des Europaparlaments ist es so, dass 450 Millionen Menschen in einem einzigen Parlament vertreten werden. Umso wichtiger ist es hier, dass das zentrale Prinzip des Parlamentarismus, dass die und der Einzelne vertreten wird – also nicht nur betroffen ist, sondern auch beteiligt und geachtet bleibt. Deshalb bin ich gegen zentrale Wahllisten.

Das zentrale Wahlmotiv muss jenes bleiben, eine gute

parlamentarische Dienstleistung für die Bevölkerung des eigenen Wahlkreises zu erbringen – bei Europawahlen ist das ganz Österreich. Es geht nicht um Listen und Parteien, sondern um die inhaltliche Qualifikation, eine für Österreich sinnvolle Schwerpunktsetzung, eine grundsätzlich proeuropäische Haltung sowie ein tragfähiges Netzwerk zur Schaffung von Allianzen.

Genauso ehrlich muss man ansprechen, was bei Europawahlen nicht gewählt wird: nämlich die Person an der Spitze der EU-Kommission. Diese Person muss – mit Einstimmigkeit! – durch die mitgliedstaatlichen Regierungen im Europäischen Rat vorgeschlagen und mit einfacher Mehrheit im Europaparlament gewählt werden.

Der Europäische Rat ist eine besonders starke „Länderkammer“ und wird sich das Vorschlagsrecht nicht nehmen lassen. Im Sinne dieser

nüchternen Analyse habe ich im Plenum gegen ein „Spitzenkandidatensystem“ gestimmt. Wichtig wird sein, dass die ab 2024 gewählten Abgeordneten klar Position dazu beziehen, wem sie ihre Stimme für die Spitze der EU-Kommission geben.

Mein Abstimmungsverhalten werde ich – im Fall meiner Wiederwahl – danach richten, ob die Person glaubwürdig dafür arbeiten kann, was ich für wesentlich halte: Wir brauchen ein Europa mit mehr Freiheit nach innen und mehr Stärke nach außen! Davon werden kurz- und mittelfristig die Sicherheit der Europäer sowie unsere Wettbewerbsfähigkeit abhängen, langfristig nicht weniger als die Erhaltung unserer europäischen Zivilisation und des Modells der liberalen Demokratie.

Lukas Mandl (Rt-D et al.)

www.lukasmandl.eu

info@lukasmandl.eu



BARBARA THALER

IN DER BESCHRÄNKUNG ZEIGT SICH DER MEISTER!

Würde es Österreich besser gehen, hätte, ja hätte nur das EU-Parlament mehr Rechte und die Mitgliedsstaaten weniger? Wäre die Inflation niedriger, der Wohlstand höher, der gesellschaftliche Zusammenhalt stärker und die Umwelt „endlich gerettet“? Sind die Mitgliedsstaaten der EU, von Deutschland abwärts einfach per se unfähig, eigenverantwortliche Entscheidungen zu treffen? Wären wir ohne die stützende und schützende Hand aus der Beamtenschaft der EU-Kommission den geopolitischen Verwerfungen schutzlos ausgeliefert? Ist das „Aufgehen“ in der EU der einzige Weg für unseren Kontinent? Ist das große Glück nur erreichbar, wenn die Gleichheit der 27 eintritt?

Wir stehen vor dem großen Problem, dass nicht wenige

glauben, dass die EU kein zusätzliches Werkzeug für die Mitgliedsstaaten ist, sondern eine Weiterentwicklung der Mitgliedsstaaten. Darin liegt das Problem, denn die EU ist eben ein Werkzeug und es ist von zentraler Bedeutung, wie es eingesetzt wird und von wem es kontrolliert wird.

Als ich in den 80ern und 90ern aufwuchs, erlebte ich den Beitritt zur EU als ein Mehr an Freiheit, ein Mehr an persönlichen Möglichkeiten. Diesen Mehrwert sehe ich jetzt nicht mehr. Im Gegenteil, die zigtausend (!) Seiten Gesetzestext, die im Rahmen des „Green Deals“ geschaffen wurden, schaffen keinen Wohlstand und keine Freiheit. Sie stellen nur sicher, dass CO₂ reduziert wird.

Von der Heizungsart in Privathäusern, von der Wahl des

persönlichen Mobilitätsmittels bis hinauf zur Menge an Treibstoff, den die OMV im Jahr 2030 in Umlauf bringen darf. Alles wird vorgegeben. Das macht uns zwar alle gleicher, aber nicht unbedingt stärker. Im Gegenteil raubt es uns unsere eigentliche europäische Stärke: Wettbewerb untereinander. Die EU wurde gegründet, damit dieser Wettbewerb in Zukunft friedlich und zum Wohle aller verläuft. Aber wenn die EU nun diesen Wettbewerb unterbindet und als Ersatzregierung direkt jeden Bürger reguliert, Technologien

erlaubt oder verbietet und mit Zwang vereinheitlicht, dann wird das Werkzeug EU missbraucht.

Als bürgerliche Abgeordnete sehe ich es als meine Kernaufgabe an ein Mehr an (Wahl-)Freiheit für den Einzelnen zu schaffen, den Binnenmarkt zu stärken und fairen Wettbewerb zu sichern. Mehr Zentralismus und mehr Kompetenzen für die EU-Kommission sehe ich nicht als das Gebot der Stunde. Es war keine schwierige Entscheidung, gegen diese Entschließung zu stimmen.

Die aus dem Bezirk Kufstein stammende IT-Unternehmerin

Mag. Mag. (FH) Barbara Thaler ist seit 2019 Mitglied des Europaparlaments.

Im vergangenen November wurde die 41-Jährige zur Präsidentin der Wirtschaftskammer Tirol gewählt und gab bekannt, bei der kommenden Europawahl im Juni nicht mehr zu kandidieren.

barbara.thaler@europarl.europa.eu

www.barbara-thaler.at

IDEOLOGIE ODER NEBELKERZEN?

Der Vorstoß der Wiener SPÖ, Noten in der flächendeckenden Gesamtschule und die Matura abzuschaffen, lässt (noch) die Frage offen, ob mit dieser Forderung die rote Ideologie der Gleichmacherei wieder an Bedeutung gewinnen soll oder ob man nur von den Problemen innerhalb der Partei ablenken will.

EVA TEIMEL



Was am 18. November 2023 nach der Wiener Konferenz der SPÖ Wien zum Thema „Bildung. Zukunftstark.“ mit höchsten Vertretern der Partei (von Bürgermeister Michael Ludwig über EU-Delegationsleiter Andreas Schieder bis AK-Präsidentin Renate Anderl), sogenannten Bildungsexperten sowie 400 Delegierten hinausposaunt wurde, hat

außerhalb dieser Veranstaltung für großes Kopfschütteln gesorgt: die Anträge zur Einführung einer gemeinsamen Schule für alle sechs- bis 14-Jährigen ohne Noten und zur Abschaffung der Matura.

Unmittelbar darauf passierte das, was immer passiert, wenn es ums Thema Schule geht... schließlich hat ja jeder einmal die Schulbank ge-

drückt und weiß etwas darüber zu sagen: Die Zeitungen überschlugen sich mit Umfragen und Interviews, was denn die breite Masse der Bevölkerung darüber denke. Aber die Antworten waren eindeutig: Sowohl die Abschaffung von Noten und der Matura als auch die Einführung der Gesamtschule werden breit abgelehnt. Sogar der linke „Falter“ lässt in

seiner Ausgabe vom 22. November fast ausschließlich Befürworter der Matura und der Beibehaltung von Noten zu Wort kommen. Er scheint seine Klientel bedienen zu müssen, immerhin haben das Gymnasium und der Leistungsgedanke doch gerade in der Bobo-Gesellschaft einen hohen Stellenwert und sind aus deren Welt nicht wegzudenken.

Die Einführung einer Gesamtschule käme dem Tod der allseits beliebten Schulform Gymnasium gleich. Vor diesem Hintergrund bestätigt sich einmal mehr der Befund des grünen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, aus dem Jahr 2015: „Wer sich am Gymnasium vergreift, überlebt das politisch nicht.“ Die noch relativ geringe Privatschuldichte in Österreich lässt auf den guten Ruf der öffentlichen Gymnasien schließen. Das Beispiel von Ländern mit Gesamtschulwesen zeigt überdeutlich, dass dort die Zahl der Privatschulen rasant zugenommen hat. Ob die SPÖ glaubt, auf diese Art die von ihr geforderte Chancengleichheit zu erreichen, sei dahingestellt – denn dadurch würde es erst recht zu einer sozialen Segregation kommen: Wer Geld hat, bekommt gute Bildung.

„LERNEN MÜSST IHR SELBER“

Blicken wir ein paar Jahrzehnte zurück. „Leistung. Aufstieg. Sicherheit“ – diesen Slogan verkündete die Sozialdemokratie unter Kanzler Bruno Kreisky Anfang der 1970er-Jahre. Diese Botschaft signalisierte damals ein klares Aufstiegsversprechen. Die bildungspolitischen Reformen Bruno Kreiskys (Abschaffung der Studiengebühren, Schülerfreifahrt, Gratis-Schulbücher, Abschaffung der AHS-Aufnahmeprüfung, das große Schulbauprogramm) ermöglichten ab den 70er-Jahren

auch „Arbeiterkindern“ oder „Bauernkindern“ den sozialen Aufstieg durch Bildung. Nicht ohne Grund haben etwa Ex-Parteivorsitzende Pamela Rendi-Wagner oder Salzburgs frühere Landeshauptfrau Gabi Burgstaller immer wieder betont, Nutznießerinnen der Bildungspolitik Kreiskys gewesen zu sein. Und jetzt wäre das alles Schall und Rauch? Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit als keine grundlegenden Ziele schulischer Bildung mehr? Die früher staatstragende Partei hat wohl vergessen, wofür sie dereinst vehement eingetreten ist. Dabei verwendet diesen Slogan von damals nun auch die liberale Denkfabrik Agenda Austria als Handlungsempfehlung für die nächste Regierung.

NOTEN SIND EIN STÜCK LEBENSREALITÄT

Die Abschaffung der Noten, um Bildungsgerechtigkeit zu schaffen, ist ein zukunftsvernichtender Vorschlag und eine populistische Forderung. Hat schon jemand daran gedacht, Ergebnisse und Bewertungen im Sport abzuschaffen? Dort entscheidet jede hundertstel Sekunde über Weiterkommen oder nicht, über Sieg oder Niederlage. Noten spiegeln klar und wertneutral einen Lernfortschritt und das aktuelle Leistungsvermögen wider und können auch einen Anreiz darstellen, sich merklich zu verbessern und sich mit anderen zu messen. Und als langjährige und erfahre-

ne Lehrerin weiß ich: Kein Schüler bekommt eine Note ohne individuelle Rückmeldung der Lehrkraft zu seinem Leistungsbild mit Vorschlägen zur Verbesserung und Betonung seiner Stärken. Gewollt oder ungewollt: Ins Bild zur Abschaffung der Noten passt dazu auch der Titel einer Online-Fortbildungsreihe der roten AHS-Lehrergewerkschaft „Noten würfeln – aber richtig (Leistungsbeurteilungsverordnung 1. Teil)“. Auch wenn der Titel auf den ersten Blick witzig klingt, passt er gut zum Sozi-Ruf nach einer Schule ohne Noten.

DIE ABSCHLUSSPRÜFUNG NICHT IN FRAGE STELLEN

Die Abschaffung der Matura scheint nur die Folge der Abschaffung der Noten zu sein. Fraglich ist, ob damit nicht nur dem anscheinend verhassten Gymnasium an den Kragen gegangen werden soll oder auch den Berufsbildenden Höheren Schulen, die ebenso mit einer Matura abschließen. Fakt ist, dass die Matura eine standardisierte abschließende Prüfung darstellt, die den Eintritt in eine tertiäre Bildungseinrichtung ermöglicht: ein Abschluss für einen Neubeginn, ein Abschluss, auf den man zwölf oder 13 Jahre lang hingearbeitet hat. Keiner käme wohl auf die Idee, eine Lehr-

abschlussprüfung oder gar die Führerscheinprüfung in Frage zu stellen.

Diese Anträge lassen tief blicken, wie es um die innerparteiliche Geschlossenheit der SPÖ steht. Ein Vorstoß von Wien, der nicht mit der Bundespartei abgesprochen war, aber wohl vom neuen Parteivorsitzenden Andreas Babler gerne aufgegriffen wurde. Handelt es sich nun bei diesen Forderungen um Ahnungslosigkeit oder Realitätsverweigerung? Stehen ideologische Gründe im Vordergrund, die Priorität vor dem Wohl der Schüler und dem Wirtschaftsstandort Österreich haben? Ein Land wie Österreich, das abgesehen vom Wasserreichtum kaum nennenswerte Ressourcen aufweist, muss massiv auf die Ressource Bildung setzen, ohne die es keine Forschung und Entwicklung gibt, sonst gelangt es international ins Hintertreffen.

Klar ist, dass uns solche Ablenkungsmanöver bei der Lösung der echten Probleme unseres Bildungssystems keinen Schritt weiterbringen. Ideologische Träumereien und gesellschaftspolitische Hirngespinnste sollen hinter verschlossenen Türen bleiben, man möge sich stattdessen besser der Realität widmen. Fragt doch uns Lehrer, wir hätten Lösungen aus der Praxis.



Mag. Eva Teimel

unterrichtet an einem niederösterreichischen Gymnasium die Fächer Latein und Geografie und ist Lehrvertreterin auf Bundesebene.



HERBERT KASPAR

(K)EIN DÉJÀ VU?

Exakt vor sechs Jahren, im Jänner 2017, zeigte eine OGM-Umfrage die FPÖ unter H. C. Strache mit 33 Prozent auf dem ersten Platz, gefolgt von der SPÖ unter Christian Kern mit 27 Prozent und der ÖVP mit Reinhold Mitterlehner (A-D) mit 20 Prozent auf Platz drei. Verblüffend ähnlich sieht es derzeit aus: die FPÖ führt mit Werten um 30 Prozent gefolgt von SPÖ (22–25 Prozent) und ÖVP (20–23 Prozent).

Das Wahlergebnis vom Oktober 2017 stellte dann diese Prognose auf den Kopf: Die ÖVP kam mit 31,5 Prozent auf Platz eins und die FPÖ mit 26 Prozent auf Platz drei, nur die SPÖ konnte mit 27 Prozent ihren zweiten Platz halten. Ursache für diesen Erdrutschsieg war bekanntlich der Obmannwechsel in der ÖVP, die mit dem Bonus eines neuen Spitzenkandidaten und klaren thematischen Ansagen die Stimmung drehen konnte. Die weitere innenpolitische Achterbahnfahrt mit Ibiza, Misstrauensantrag, Beam-

tenregierung, Neuwahlen, Türkis-Grün und Kanzlerwechsel im Umfeld von Pandemie, Ukraine-Krieg und Inflation ist bekannt.

Eine beispiellose Skandalisierungskampagne von Opposition und interessengeleiteten Medien hat uns ein extrem vergiftetes innenpolitisches Klima beschert, in dem nicht Sachpolitik, sondern Denunziationen, Strafanzeigen und Untersuchungsausschüsse den Ton vorgeben.

Da spielen auch die Grünen mit, die sich zunehmend als Oppositionspartei gerieren und ohne Rücksicht auf Usancen oder Regierungsübereinkommen ihren Koalitionspartner anschütten (von parlamentarischen Anfragen bis zu gehässigen Ausschussmeldungen), Themen einseitig forcieren (wie etwa den rechtswidrigen Stopp für den Lobautunnel) oder vereinbarte Vorhaben blockieren (Abschaffung der Wertpapier-KESt). „Ein Foul am eigenen Koalitionspartner ÖVP“ konstatierte der

„Standard“ zu Recht bei einer Aktion der Grünen Abgeordneten Tomaselli – leider kein Einzelfall.

Von all dem profitiert allerdings nur die FPÖ, die damit auf Platz Eins gespült wurde – ohne einen Finger rühren zu müssen. So leicht sollte es die ÖVP den Blauen nicht machen. Sie wird jedoch solange nicht vom dritten Platz wegkommen, solange der Wähler den Eindruck hat, dass in dieser Koalition der Schwanz mit dem Hund wedelt, sich die ÖVP bei vielen wichtigen Themen nicht durchsetzen kann und eine Stimme für sie daher eine verlorene Stimme ist.

Ein radikaler Kurswechsel tut not. Gut möglich, dass Nehammer diesen bei seiner programmatischen Rede in Wels – deren Inhalt bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt war – verkünden

wird. Denn nur das glaubhafte Bekenntnis zu einer vorbehaltlosen Orientierung an den Interessen der Bürger kann wieder Stimmen zurückholen: in Fragen der ungezügelter Migration, bei der überzogenen Klimapolitik oder linken Begehrlichkeiten (von der 32-Stunden-Woche bis zu Erbschafts- und Vermögenssteuern). Nehammer muss klar machen, dass die Koalition mit den links-dogmatischen Grünen ein Irrweg war. Er kann dies umso leichter tun, als dies ja nicht seine Fehlentscheidung war, sondern die seines Vorgängers.

Dieses klare Bekenntnis zu bürgernahen Positionen ist wohl die einzige Chance, noch einige enttäuschte Wähler zurückzuholen und damit ein Ergebnis zu erzielen, das Koalitionsverhandlungen dreier etwa gleich großer Parteien auf Augenhöhe ermöglicht.

Prof. Dr. Herbert Kaspar (Am)

war von 2001 bis 2013 Herausgeber und von 2013 bis 2015

Chefredakteur der *Academia*.

„INDIVIDUALISIERTER UNTERRICHT FÜHRT IN DIE SACKGASSE“

Nach den neuesten PISA-Testergebnissen wird in vielen Staaten nach Erklärungen und Ursachen gesucht. Hierbei lohnt ein Blick in die Schweiz, wo Schulpolitik etwas ideologiefreier diskutiert wird als in Österreich und Deutschland. Der Züricher Pädagoge und Psychologe Beat Kissling kritisiert die Vereinzelnung des Unterrichts und den Einsatz von IT in den ersten sechs Schulklassen.

PASCAL SIGG / INFOsperber*

Die Ergebnisse der neuen PISA-Studie werden derzeit intensiv diskutiert. Wie interpretieren Sie die Resultate?

Dass ein Viertel der Schülerinnen und Schüler buchstäblich „abgehängt“ wird und deshalb am Ende der Schule kaum lesen und schreiben kann, war allen, die mit der Schulentwicklung vertraut sind, längstens bekannt. Seit der Einführung der PISA-Tests testet und vergleicht die Schweiz in den Volksschulen fleißig.

Woher kommt diese Leistungsschere?

Ich führe sie auf die fehlgeleiteten Reformen der letzten Jahrzehnte zurück. Wichtig ist zunächst, den großen Wandel seit der Jahrtausendwende zu verstehen. Seit PISA haben wir einen Paradigmenwechsel

an unseren Schulen erlebt: Weg von der Orientierung daran, was die Lehrperson macht, also wie und was sie vermittelt. Jetzt zählt vielmehr, was rauskommt, das Messbare. Wir schauen auf den Output. Die PISA-Studien haben auch ein neues Verständnis von „Kompetenz“ eingeführt. Das klingt ja gut. Einem kompetenten Handwerker kann man vertrauen, weil dieser über viel Fachwissen, Erfahrung und Geschick verfügt. Aber eigentlich meint man jetzt damit Performance, eben etwas Messbares, eben Testresultate. Die Folge ist das „Teaching to the test“ - dass die Schülerinnen und Schüler also zwangsläufig vorwiegend auf diese Tests vorbereitet werden müssen. Die Einführung dieser PISA-Testkultur in der Schule haben wir der OECD-Initiative zu verdanken. In anderen Ländern hat dieser Wandel



https://beatkissling.ch

Beat Kissling (68) ist promovierter Pädagoge und praktizierender Psychotherapeut in Zürich. Er verfügt über Lehrdiplome der Primar- und Sekundarstufe, war lange Gymnasiallehrer sowie Dozent in der Lehrerbildung und an der Fachhochschule. Er meldet sich in Bildungsfragen immer wieder kritisch zu Wort und gehört als Gründungsmitglied der Gesellschaft für Bildung und Wissen zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs für ein Digitalisierungsmoratorium an KITAs und Primarschulen. (www.die-pädagogische-wende.de)

dieselben uniformierenden Auswirkungen.

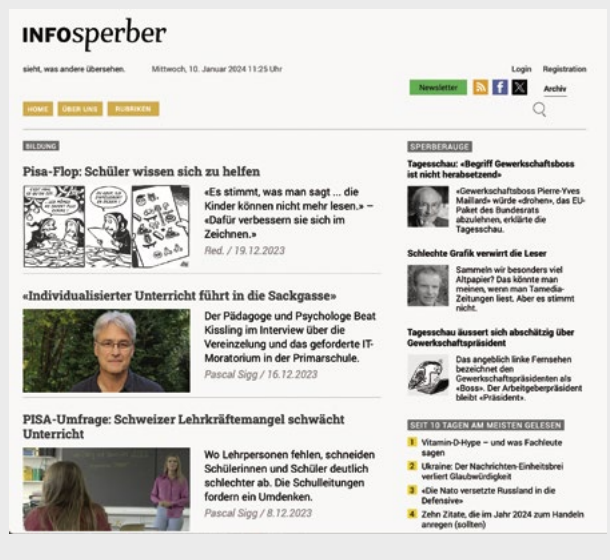
Weshalb?

Jedes Land hat eine eigene Kultur und damit ein eigenes, historisch gewachsenes Bildungswesen. Die Schweiz maß der Volksbildung seit der Gründung des Bundesstaates größte Bedeutung zu. Die Berufsbildung und der gymnasiale Weg haben jungen Menschen sehr viele Perspektiven eröffnet. Unser Bildungswesen zeichnete das sehr hohe Gesamtbildungsniveau der Bevölkerung aus, wie internationale Studien in den 1990er-Jahren gezeigt haben. Die Schweiz strebt keine Elitebildung, sondern eine sehr gute Bildung für alle im Sinne des Gemeinwohls an. Die traditionelle Idee der Volksschule war doch, dass Kinder mit ganz verschiedenen Hintergründen und Leistungsniveaus lernen, miteinander zusammenzuarbeiten, das Lernen zu lernen, aufeinander Rücksicht zu nehmen und einander zu unterstützen. Dies war und ist nach wie vor demokratiepolitisch von großer Bedeutung.

Dies ist heute weniger der Fall?

Hinter der Online-Zeitung *Infosperber.ch*, in der dieses Interview am 16. Dezember erschien, steht die gemeinnützige „Schweizerische Stiftung zur Förderung unabhängiger Information“ (SSUI). Diese ist Gründungsmitglied des Vereins „Verband Medien mit Zukunft“, der unabhängigen Journalismus fördert und dessen Interessen vertritt. Die Stiftung SSUI will insbesondere journalistische Recherchen von gesellschaftlicher und politischer Relevanz fördern.

Die seit 2011 bestehende Online-Zeitung *Infosperber* ist kostenfrei, wird täglich aktualisiert und ergänzt große Medien, die ein ähnliches Zielpublikum haben, mit relevanten Informationen und Analysen. *Infosperber* geht davon aus, dass sich die Leserinnen und Leser in großen Medien bereits informiert haben und konzentriert sich auf das, was diese übersehen oder vernachlässigen.



Es sieht so aus. Diese Entwicklung ist kein Zufall. Schaut man die großen Linien der Schulentwicklung der letzten 30 Jahre hier-

zulande an, fällt auch die immer stärker forcierte „Individualisierung“ des Unterrichts auf. Sie geht mit dem Testen und Kontrollieren

einher. Individualisierung bedeutet, dass die Lehrpersonen den Unterricht nicht mehr als gemeinsames Erlebnis gestalten. Sie sind als eigenständige, gestaltende Führungspersönlichkeiten, welche die Gemeinschaft im Auge haben, weniger gefragt. Stattdessen sollen die Lehrpersonen als „Arrangeure“, „Moderatoren“ und „Coachs“ ihren Schülerinnen und Schülern „Lernumgebungen“ anbieten. Diese sollen sich nun alles selbstverantwortlich erarbeiten. Man spricht heute in diesem Zusammenhang von „Chancengerechtigkeit“. Demnach steht es – laut Theorie – jedem Kind unabhängig von seiner Herkunft offen, jeden gewünschten Bildungsweg zu beschreiben – alles nur abhängig von den eigenen Bemühungen.

Weshalb soll dies schlecht sein?

Die schwächeren Schülerinnen und Schüler werden vollkommen im Stich gelassen. Das Resultat zeigt aktuell PISA: Ein Viertel der Schülerschaft wird geistig-moralisch „abgehängt“. Die Vereinzelung der Schüler durch die Individualisierung beziehungsweise das „selbstorga-

GC-ÖCV
bringt **SCHWUNG**
ins Leben



Details zu diesen Veranstaltungen und Infos zum gesamten Jahresprogramm findest Du unter www.gcoecv.at.

Anmeldungen unter office@gcoecv.at.

GC ÖCV Golfreisen – Highlights 2024:



Veneto – Villa Condulmer
27. April – 5. Mai 2024



Bad Griesbach zu Fronleichnam
29. Mai – 2. Juni 2024

nisierte Lernen“ führt nämlich schon sehr früh zu einer extremen Leistungsschere. Die Folgen sind: sehr viel Unruhe, Unkonzentriertheit, Ablenkbarkeit bis hin zur Resignation und Schulschwänzerei bei den unsicheren Schülerinnen und Schülern. So landen sie schlussendlich zur Abklärung bei der Schulpsychologie. Da werden sie zumeist mit Diagnosen beglückt und nicht selten medikamentiert. Für diese Kinder und Jugendlichen ist die vergleichende Testerei alles andere als ein ermutigendes Erlebnis. Sie erfahren Mal für Mal, dass sie faule, unfähige Versager sind. Hilfe und Solidarität erfahren sie kaum. Die guten, vifen und im Elternhaus gut unterstützten Schüler realisieren das Schicksal ihrer schwächeren Mitschülerinnen und -schüler nicht. Sie sind mit ihrer eigenen Schulkarriere beschäftigt.

Wie könnte denn guter Unterricht funktionieren, der alle mitnimmt?

Dies steht und fällt mit der Lehrperson. Zur Veranschaulichung: Eine Lehrerin führt mit einer Klasse eine neue Rechnungsart ein und spielt den Rechnungsweg mit ein paar Beispielen durch. Dann fragt sie die Klasse, wer von ihnen ein Beispiel vorrechnen könnte. Es melden sich die cleveren Schüler. So werden viele Beispiele vor der Klasse gelöst, sodass allmählich auch die schwächeren Schüler den Eindruck erhalten, sie hätten

die Regel verstanden. Für die schwachen Schüler ist es eine große Erleichterung, dass sie nicht zurückgelassen, sondern zuverlässig und stetig unterstützt werden.

Die NZZ am Sonntag machte im August ein Interview mit einem sehr erfolgreichen Mathelærer im Kanton Zürich. Er ist unter den Schülerinnen und Schülern sehr beliebt. Er sagt, er sei sehr nahe an seinen Schülern dran, es entgehe ihm nicht, wenn jemand abhängt. Er wolle stets verhindern, dass die Schwächeren sich zurückziehen.

Sie gehören zu den Erstunterzeichnern eines Aufrufs, in welchem Wissenschaftler ein IT-Moratorium fordern. Weshalb?

Der Einsatz digitaler Medien in der Schule verstärkt die Individualisierung des Lernens – die Distanz zur Lehrperson, die Isolation der Schwächeren. Es spricht vieles dafür, dass dieser Trend wesentlich mitverantwortlich dafür ist, dass bei so vielen Kindern und Jugendlichen psychische Probleme auftreten. Eine kürzlich veröffentlichte Studie über das Befinden Jugendlicher in Zürich zeigt ja, dass es insbesondere Mädchen immer schlechter geht. Der verantwortliche Schulpsychologe spricht von der „Schattenseite von Individualisierung und Optimierung“. Ich fand aber auch besonders interessant, dass immer weniger Jugendliche angeben, ein starkes Vertrauen in ihre Lehrperson zu haben.

Sie sehen dies auch bei Ihrer Arbeit in der Praxis?

Ja! Die tieferen psychischen Schwierigkeiten von Menschen sind nach meiner Erfahrung vor allem sozialer Natur, dies nicht nur bei Autismus und schweren Depressionen. In der psychologischen Praxis sehe ich, wie viele Menschen sich in unseren Breitengraden einsam fühlen, auch wenn man es ihnen nicht unbedingt ansieht. Die digitalen „Freundschaften“ und die entsprechende Kommunikation basieren nicht auf realen zwischenmenschlichen Beziehungen. Sie bleiben häufig Illusion. Es ist erschütternd zu sehen, wieviel Lebenszeit junge Menschen in virtuellen Welten vergeuden, beim „Gamen“ und mit einer sprachlich verstümmelten Form der Kommunikation.

Die bedeutsame Jugendzeit ist bei Menschen, die sich wesentlich im digitalen Raum bewegen, verloren. Ähnlich wie bei einem Kiffer, der sich den Auseinandersetzungen mit den Anforderungen der Realität durch die Flucht in die Droge entzieht und dadurch in seiner Persönlichkeit kaum reifen kann. Wir Erwachsenen, Lehrpersonen und Eltern sollten die jungen Leute darin unterstützen, in der Nachbarschaft oder über Vereinsaktivitäten reale Beziehungen zu knüpfen und sinnreiche Freizeitaktivitäten mit Gleichaltrigen zu teilen. Die Schulen sollten den Kindern und Jugendlichen zu wertvollen Ideen, Erfahrun-

gen und Interessen verhelfen, damit sie sich in ihrer Freizeit mit anderen Gleichaltrigen diesen widmen können.

Ein Digitalisierungsstopp für Kinder unter zwölf Jahren an Schulen könnte dies ändern?

Mit der zunehmenden Dominanz des Digitalen vor allem im Kindesalter geht einfach sehr viel soziale Interaktionserfahrung verloren. Medienkompetenz hiesse laut kritischen Medienfachleuten deshalb in diesem Alter zuerst einmal: Medienabstinnenz. Der Aufruf, den ich als Erstunterzeichner mitunterstützt habe, verteufelt die Digitalgeräte ja nicht grundsätzlich. Er fordert aber einen Stopp für deren Einsatz in der Schule bis zwölf Jahre. Das finde ich sinnvoll. Mit zwölf oder 13 beginnt sich das Interesse des jungen Menschen zu erweitern. Diese geistige Ausweitung des Horizonts kommt der Fähigkeit entgegen, sich kritisch mit allen möglichen Fragen, so auch mit den Medienangeboten auseinanderzusetzen.

Es ist wichtig, dass ihnen bewusst wird: Um das Internet wirklich gut nutzen zu können, muss man schon sehr viel wissen. Sonst läuft man Gefahr, einfach dem aufzusitzen, worauf man zufällig stößt. Es braucht eine öffentliche Diskussion darüber, wie sich die Digitalisierung auf das Wohl der Lernenden auswirkt. Das Moratorium wäre ein Zeichen an uns alle, mehr Verantwortung zu übernehmen und genauer hinzuschauen.

DIE GEISTIGE LANDESVERTEIDIGUNG ALS FUNDAMENT FÜR DIE SICHERHEIT ÖSTERREICHS

STEFAN KIRCHBNER



Markus Kurcz, Katastrophenschutzexperte des Landes Salzburg und Reserveoffizier, schult regelmäßig Mitarbeiter der Verwaltung, der Blaulichtorganisationen, aber auch aus Schlüsselbereichen der Wirtschaft.

Mit der neuen geopolitischen Lage, hervorgerufen durch den Angriff Russlands auf die Ukraine und neuerdings den Krieg im Nahen Osten, rückt der Begriff der Sicherheit für die Österreicher nach einer Zeit des als ewig erachteten Friedens und der einhergehenden Nutzung der Friedensdividende für Gesundheit, Infrastruktur und Soziales wieder in die Aufmerksamkeit. Die Bedrohungen stehen vor den Türen der Bevölke-

rung und schaffen eine persönliche Betroffenheit.

ZEITENWENDE

Die Politik hat die Notwendigkeit erkannt, das Thema aufzugreifen und dem Österreichischen Bundesheer jene finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, die es benötigt, um zu einer zeitangepassten Armee zu werden und die in der Bundesverfassung festgelegten Aufgaben für die Österreicher erfüllen

zu können: *nachrüsten*, nicht *aufrüsten*. Laut einer aktuellen Trendumfrage zur Sicherheitspolitik des Market Institutes vom Herbst 2023 unterstützen 69 Prozent der Bevölkerung die Budgeterhöhung, abgesichert für die nächsten Jahre durch das Landesverteidigungsfinanzierungsgesetz. Das BMLV mit Frau Bundesminister Tanner an der Spitze hat in diesem Zusammenhang die „Mission Vorwärts“ und den Aufbauplan 2032+ gestartet.

Damit soll eine Verbesserung der Mobilität der Einsatzkräfte, eine Erhöhung des Schutzes und der Wirkung für die Soldaten und eine Stärkung der Autarkie erfolgen.

Um dies zu bewerkstelligen und die Wehrbereitschaft (aktuell sind nur 31 Prozent der Österreicher bereit, den Staat mit der Waffe zu verteidigen) sowie die Akzeptanz des Bundesheeres in der Bevölkerung (69 Prozent haben

eine positive Einstellung) zu steigern, wird die Geistige Landesverteidigung (GLV) in einem höheren Maße propagiert.

NUR EINE KOMPONENTE DER ULV

Die GLV ist Teil eines dem Kalten Krieg entstammenden und in der Bundesverfassung – Art. 9a – festgelegten Sicherheitskonzepts, der Umfassenden Landesverteidigung (ULV). Sie umfasst alle zivilen und militärischen Vorsorgemaßnahmen, um die Herausforderungen für Österreichs Sicherheit gemeinsam – als gesamtstaatliche Aufgabe unter der Führung des Bundeskanzleramtes – bewältigen zu können. Die ULV kann plakativ als Haus gesehen werden, in dem die GLV das Fundament darstellt. Die Mauern und Wände bilden die Zivile LV, die Wirtschaftliche LV und die Militärische LV, die in den Verantwortungsbereichen der zugeordneten Ministerien liegen. Somit stellt die GLV nur eine Komponente eines ganzheitlichen Systems dar.

Ziel der GLV, die im Bereich des BMLV als Mittel der Wehrpolitik angesehen werden kann, ist es, jene Maßnahmen zu setzen, die zur Förderung und Erhaltung des Verständnisses für die ULV beitragen. Darum geht es:

- Schaffung der ideellen Voraussetzungen für die Landesverteidigung (Krisen-, Neutralitäts- und Verteidigungsfall)
- Vermittlung der Grundwerte wie Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
- Förderung der Bereitschaft zur Sicherung der staatlich-gesellschaftlichen Lebensgrundlagen
- Information über die Aufgaben im Bereich der ULV
- Sicherung des Bewusstseins über die Leistungen und Qualitäten Österreich (über Mozartkugel und Lipizzaner hinaus)

Außerdem wäre eine erfolgreiche GLV als integrations-

WEHRPOLITIK UMFASST DIE GESAMTHEIT DER MASSNAHMEN, DIE ZUR

- Sicherstellung der Wehrbereitschaft und des Wehrwillens,
- Steigerung der gesellschaftlichen Akzeptanz des ÖBH in der Bevölkerung und
- Erfüllung der gesetzlich verankerten Aufgaben beitragen und erforderlich sind.

politischer Faktor zu sehen, stellt doch die Bundesverfassung quasi die Spielregeln für alle Österreicher und hier Wohnende dar.

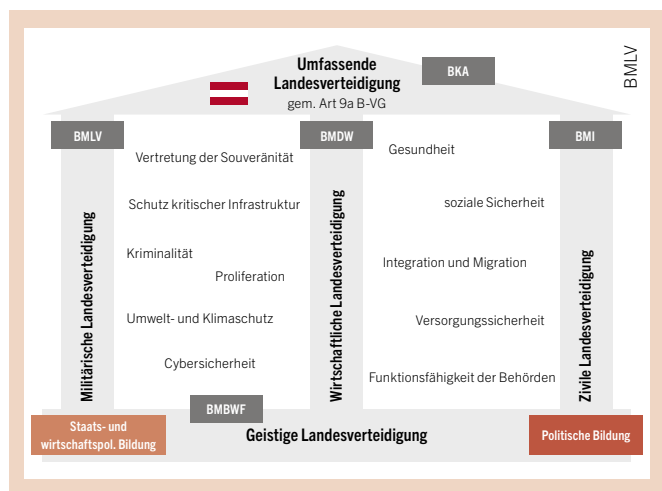
KOOPERATION IN BEIDE RICHTUNGEN

Wie aus der unten angeführten Grafik ersichtlich, liegt die GLV im Verantwortungsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung und ist im Rahmen der Politischen Bildung zu vermitteln. Mit dem mittels Bundesgesetzblatt verlautbarten Lehrplan sind die Begriffe „Umfassende Landesverteidigung und Bundesheer“ mit Wirksamkeit des Schuljahres 2026/2027 für die 4. Klassen der Sekundarstufe 1 verankert. Das Bildungsministerium skizziert dazu auf seiner Homepage: „Geistige Landesverteidigung versteht sich als nichtmilitärischer Beitrag zur **Friedenssicherung** in einer Welt, in der die Anwendung von militärischer Gewalt – auch in Europa – weiterhin existent ist. Dies bedeutet, die Aufgabe der Friedenspädagogik ernst zu nehmen, Feindbildern kritisch gegenüberzustehen und Hate Speech und Fake News besonderes Augenmerk zu schenken.“

Die Art und Weise sowie der Umfang, wie diese Schlagworte im Unterricht transportiert und gelehrt werden, liegt im Zugang der Lehrer. Ein Konzept dafür ist in den „staats- und wehrpolitischen Stundenbildern“ vorhanden, die sich mit Themen wie Grundwerte, Demokratie, Neutralität oder Aufgaben des Bundesheeres befassen und in der Ausbildung von Grundwehrdienern sowie in der sicherheitspolitischen Weiterbildung des Kaderpersonals eingesetzt werden. Diese sind auch in der, für das Lehrpersonal zugänglichen EDUTHEK abrufbar.

Um die GLV in ihrer Bedeutung zu heben, wurde ein strukturierter Dialog in der Verwaltung der beiden Ministerien und im Bildungsbereich institutionalisiert. So findet quartalsmäßig ein Jour Fixe auf der Arbeitsebene der Zentralstelle statt, die Militärkommanden halten einen engen Kontakt zu den regionalen Bildungsdirektionen und die Informationsoffiziere stehen in Verbindung mit den ihnen zugewiesenen Schulen.

Auf Wunsch von Lehrkräften, ein nachhaltiges Fortbildungsangebot in diesem



Themenbereich zu erlangen, wurde 2023 in Salzburg mit der Ausbildung von „externen Informationsoffizieren“ begonnen, um den Anforderungen des Lehrplanes bis 2026 gerecht werden zu können – schließlich handelt es sich um rund 1.500 Schulen mit ca. 3.500 Klassen in der entsprechenden Schulstufe. Dabei nehmen Lehrkräfte freiwillig an der Ausbildung zum Informationsoffizier beim Bundesheer teil. Diese werden mit dem vertieften erlangten Wissen als „Referenten für GLV“ an den Schulen einsetzbar. Bis eine ausreichende Anzahl von externen Informationsoffizieren ausgebildet ist, kommen die rund 600 (militärischen) Informationsoffiziere zum Einsatz. Diese dürfen per Erlass an Schulen über sämtliche Belange der GLV informieren. Was konkret für die jeweiligen Schüler interessant ist, wird sehr individuell mit dem Lehrkörper vorbesprochen. Grundlage sämtlicher Überlegungen muss die gelebte Demokratie in Österreich mit ihrer verfassungsmäßig festgelegten Basis sein.

Weiters werden regelmäßig Experten des Verteidigungsressorts zu „E-Lectures“ an der Virtuellen Pädagogischen Hochschule eingeladen, um den teilnehmenden Lehrpersonen in 60 Minuten Wissenswertes zu Themen der GLV sowie aktuellen militär-politischen Angelegenheiten zu vermitteln. Beispielsweise wurden aufgrund des Krieges im Na-



Die Themenfelder für den Informationsoffizier sind äußerst vielfältig.

hen Osten Referate zum Humanitären Völkerrecht oder zur Geschichte des Gebietes Israel/Palästina gehalten.

Ein auch in den Medien diskutierter Aspekt der Kooperation der beiden Ministerien – und in den Bereich der GLV fallend – ist die Bestellung von zwei Offizieren in die Schulbuchkommission. Beide haben ein Auswahlverfahren durchlaufen und haben auf Grund ihrer persönlichen Zusatzqualifikationen nun Schulbücher auf ihre Lehrplankonformität zu beurteilen. In erster Linie sind die Vorgaben von Inhalten, didaktische oder methodische Fragen wie etwa die Lesbarkeit, die Schriftgröße, usw. zu überprüfen. Von einer Militarisierung der Schulbücher bzw. des Schulsystems kann nicht gesprochen werden.

Die GLV kann a la lounge auch zu einer Umwegrenntabilität führen. Ist die Akzeptanz für das Bundesheer in der Gesellschaft gegeben und schafft dieses, sich als

attraktiver Arbeitgeber – für Soldaten über Handwerksberufe bis hin zu Ärzten – auf dem heiß umkämpften Arbeitsmarkt zu positionieren. So wäre auch der personelle Aufwuchs, als eine der größten Herausforderungen für die nächsten Jahre, besser möglich. Im Umkehrschluss erhofft sich das BMBWF aus

dem Bundesheer ausscheidende Heeressportler und Militärmusiker bzw. Milizsoldaten für den Lehrberuf begeistern und gewinnen zu können.

FAZIT

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass Österreich – sofern alle Beteiligten und Verantwortlichen ihre Hausaufgaben erfüllen – ein Konzept zur Vorbeugung von vielen aktuellen Krisen hätte. Diese wäre an die aktuellen Herausforderungen anzupassen. Die GLV sollte das Verständnis dafür schaffen. Die Kooperation des BMLV und des BMBWF ist eine in beide Richtungen und wäre als Maßstab für andere anzulegen – zum Schutz der Österreichischen Bevölkerung und aller, die hier leben.

Weiterführende Hinweise:

- Jürs. Schuh. Wirtsch. In Verteidigung der Demokratie. Bildungspolitische Auseinandersetzungen mit dem Konzept der Geistigen Landesverteidigung. Wien. 2021
- Arbeiter, Armin (Rd). Das Fundament der Landesverteidigung. In: Fakten, Nr. 7. Beilage zur Tageszeitung Kurier. 30. November 2023
- Forum Politische Bildung (Hrsg.). Wieder den Krieg. Wien. 2023
- https://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/ulv_folder.pdf
- <https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulpraxis/ba/glv.html>
- https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/politische_bildung/stundenbilder/index.shtml



Oberst Stefan Kirchebner

ist Überleitungsverantwortlicher der Abteilung Zielgruppenkommunikation im BMLV.

RÜCKT DICHTER IN DER HEIL'GEN RUNDE?

Das Ehrenamt ist in der Krise, nicht erst seit Corona. Das spüren nicht nur Hilfseinrichtungen und Gesellschaftsvereine: Gerade kirchliche Organisationen von der Pfarre bis zu den katholischen Verbänden leiden unter Mitgliederschwund. Woran liegt das? Und wie lässt sich dem begegnen?

LUCAS SEMMELMEYER



Zunächst ein Blick auf die Demografie. Im Jahr 2005, also vor 18 Jahren, gab es in Österreich 78.190 Geburten. Im selben Jahr empfingen 53.066 Kinder das Sakrament der Taufe durch einen katholischen Geistlichen. Das sind knapp 68 Prozent. Folglich sind heute rund zwei Drittel aller Achtzehnjährigen katholisch. „Über Jahrzehnte ist der Pro-

zentsatz der Teilnahme am katholischen Religionsunterricht konstant hoch und liegt bei über 90 Prozent. So haben im Schuljahr 2022/23 von 596.484 katholischen Schülerinnen und Schülern 539.932 den Religionsunterricht besucht. Zusammen mit jenen ohne religiöses Bekenntnis, die freiwillig das Fach katholische Religion belegt haben, sind es sogar 569.604“, meint

dazu Dr. Paul Wuthe (Rt-D), Medienreferent der österreichischen Bischofskonferenz.

Schon seit Anfang der 1980er-Jahre studieren in Österreich mehr Frauen als Männer. Mittlerweile hat sich das Verhältnis auf 44 zu 56 Prozent erhöht. Bei den Studenten mit österreichischer Staatsbürgerschaft ist der Frauenanteil sogar noch etwas höher.

Dennoch ist die potenzielle Rekrutierungsbasis – etwa für den ÖCV – nicht rückläufig, im Gegenteil: Es kann angenommen werden (genaue Zahlen dazu gibt es nicht), dass die Zahl der katholischen Studenten an den Universtitäten und Fachhochschulen aktuell höher ist als je zuvor. Hauptgrund dafür sind die gute Arbeit der Katechese in den Schulen und die

fortschreitende Akademisierung. Vor 40 Jahren (obwohl damals die „Babyboomer“ die Univeristäten bevölkerten) betrug die Zahl der Inskribierten mit 132.000 gerade mal die Hälfte von heute.

WERTEFORSCHUNG

Die oft beschworene Entsolidarisierung der Gesellschaft lässt sich durch einen Blick auf die Zahlen nicht substantiieren. Im Zeitraum 2016 bis 2020, durchaus beschleunigt durch die Erfahrungen der Corona-Epidemie, stieg die Bereitschaft für unmittelbare Hilfe im persönlichen Lebensbereich („informelles Freiwilligenengagement“) von 30 auf 50 vH. Die (katholischen) Verbände leben allerdings vom formellen Engagement. Und dieses ging von 31 auf 20 vH zurück. Männer, das sei nicht verschwiegen, neigen mit 58 vH eher zu formellem Engagement als Frauen.

KIRCHLICHE LEBENSÄUME

Die Corona-Pandemie hat diese Entwicklung zweifellos verstärkt. Leidtragende sind auch die Pfarren: P. Antonius Philipsky OSB (Kb) kennt als Verbandsseelsorger des Österreichischen Cartellverbands und Pfarrvikar am Wienerberg beide Lebensbereiche ausgezeichnet: „In meiner Kirchengemeinde sind im Ehrenamt überwiegend über siebzigjährige Menschen sehr eifrig tätig. Dann noch ein Ehepaar mit zwei Kleinkindern, aber nicht regelmäßig, sondern für eher

kurz dauernde Projekte. Von der Pfadfindergruppe beteiligen sich einige bei der Dreikönigsaktion, Fronleichnam, Erntedank und Punsch im Advent und nach der Christmette. In meiner Teilgemeinde habe ich einen [einigen, Anm. d. Red.] Studenten.“

Das deckt sich ausgezeichnet mit den Daten rezenter Wertestudien: Formelles Engagement ist für junge Menschen zunehmend unattraktiv; Freiheit wird eher negativ definiert, als „frei sein von“, nicht jedoch als „frei sein für etwas“ im Sinne eines positiven Sich-Widmens auf Dauer. Gleichzeitig schätzt man den Erlebnischarakter einzelner Events durchaus. Eventuell muss die Sozialisierung zum Ehrenamt früher und strukturiert beginnen.

Wie sieht es in der Hochschulseelsorge aus? P. Simon De Keukelaere FSO leitet die katholische Hochschulgemeinde Wien. Ihm begegnet ehrliches Interesse der jungen Menschen und ein echtes Bedürfnis nach

„Ein dauerhaftes Ehrenamt ist schwieriger, aber ich könnte sofort mehrere Studenten nennen, die sich schon länger in verschiedensten Bereichen engagieren“, etwa in den Bereichen Soziales, Leitung, Verkündigung und Musik. „Das beeindruckt mich schon sehr.“



Orientierung, Sinn im Leben und Halt. Viele bringen den Willen zur Hilfe mit, vor allem punktuell. „Ein dauerhaftes Ehrenamt ist schwieriger, aber ich könnte sofort mehrere Studenten nennen, die sich schon länger in verschiedensten Bereichen en-

gagieren“, etwa in den Bereichen Soziales, Leitung, Verkündigung und Musik. „Das beeindruckt mich schon sehr.“ P. Simon steht dafür ein, die gebotene Offenheit gegenüber jedem Einzelnen nicht mit Beliebigkeit in den eigenen Standpunkten zu verwechseln: „Studenten sollen und dürfen hunderte Fragen haben, aber engagieren tun sie sich nicht für ein ständiges Fragezeichen. Es bedarf einer Kombination von klarer Profilierung und Offenheit für den Einzelnen.“ Darüber hinaus ist die Ermächtigung von Studenten wichtig. Durch die Übernahme von Verantwortung steigt die Motivation zur Mitwirkung. Eine weitere wichtige Rolle spielen Vorbilder, gegenseitige Inspiration,

ein gutes Miteinander und gute Begleitung.

ÖCV – EXKLUSIVITÄT ODER SELBSTGEWÄHLTE SEKLUSION?

Durch den aktuellen rechtlichen Besitzstand, den Mitgliedern des ÖCV die Aufnahme von Frauen zu untersagen, ist den Verbindungen die Gewinnung von 56 Prozent der Studenten verwehrt. Ist der Begriff Seklusion historisch durch die Abscheidung der Frau auf den häuslichen Kreis bezogen, so erwirkt sich der Verband durch diese Rigorosität eine ganz ähnliche, aber autonom verantwortete gesellschaftliche Häuslichkeit, die sich in zunehmender Irrelevanz beziehungsweise Gegnerschaft manifestiert.

Gleichzeitig leiden jene Verbindungen, die – wenn schon nicht formal, so doch in der Praxis – beidgeschlechtliche Angebote stellen und Gestaltungsräume eröffnen, nicht oder in erheblich geringerem Ausmaß unter Rekrutierungsproblemen. Am Ende geht es bei dieser Frage gar nicht um Diskriminierung, denn jeder Verein ist in gewisser Weise selbst schon durch seinen Vereinszweck exklusiv. Nachteile erwachsen Frauen heutzutage durch eine Nichtmitgliedschaft in der Regel weniger als Männern durch eine Mitgliedschaft. Jeder diesbezügliche Nimbus der Exklusivität ist ohnehin anachronistischer Schein und Selbstpreisgabe der Lächerlichkeit. Es geht vielmehr um die existentiell-

le Frage, ob man sich diese Form rigoroser Trennung leisten will und kann. Freilich handelt es sich hierbei nur um einen Aspekt der Nachwuchsproblematik, wie die Stimmen aus der seel-sorglichen Praxis belegen.

TRADITIO

Blickt man auf das Verbindungsleben, wird man ohnehin viel Bewährtes finden, was nach den dargestellten Erfahrungsberichten für längerfristiges Engagement förderlich ist: Selbstwirksamkeit, Verantwortung, Begleitung, Vorbilder, Gemeinschaft, Klarheit, Entfaltungsraum, Offenheit, Inspiration, Wertschätzung. Das ist doch eine gute Basis dafür, ein wenig auch die Inhalte zu reflektieren und darauf zu achten, dass man niemanden abstößt. Ein mögliches Beispiel hierfür ist das Lied, aus dem der Titel für diesen Beitrag bewusst entnommen ist: Das sogenannte Bundeslied von Ernst Moritz Arndt. Im Text des radikalen National-Liberalen kommt neun Mal das Wort „deutsch“ vor. Nun wissen wir, dass das gegen Napoleon und den Rheinbund geht, dass Arndt im Kontext seiner Zeit zu verstehen ist und im Österreichischen Kommersbuch „deutsch“ ohnehin mehr oder weniger sprachsensibel durch andere Begriffe ersetzt wurde. Wir wissen aber auch, dass Arndt für mehr als eine Einigung Deutschlands und der Abwehr Napoleons stand. Sein Programm war das einer Sakralisierung der Nation,

in welcher Nationalismus als Religionsersatz firmierte. Und da tun sich eben aus nachvollziehbaren Gründen manche schwer damit, in einem katholischen Verband, im Jahr 2024. Wenn dort steht: „Die Freiheit heißet ... Freude, ... für sie zu leben und zu sterben, das flammt durch jede ... Brust; für sie um hohen Tod zu werben, ist ... Ehre, ... Lust.“ Dann darf man als Christ frei nach Philippus fragen: „Verstehst Du auch, was Du liest?“ (Apg 8,30) und hoffen, dass die Antwort „Nein“ lautet, gegebenenfalls aber vielleicht doch lieber keinen Interessenten zum Kommers mitnehmen. Denn ein solcher Erstkontakt muss befremdlich wirken. Wäre es nicht denkbar, Kompositionsaufträge und Lyrikpreise an die jungen akademischen Musiker und Literaten im Verband zu vergeben? Haben wir zu wenige? Nun, welche Schlüsse ziehen wir daraus? Ließe sich daraus ein offener Wettbewerb gestalten? Und was, wenn den eine brillante junge Frau gewinnt?

Vielleicht ist die angemessene Antwort auf all diese Bedenken auch: „Nimm doch nicht alles so ernst. Als Erwachsene können wir auf vernünftige Weise unvernünftig sein. Dein Bierernst wird tierisch. Es ist doch eine schöne Melodie.“ Nicht alles ernst nehmen müssen, ja, das ist tatsächlich

wichtig und auch dafür bieten unsere Verbindungen einen guten, sinnstiftenden Rückzugsort. Aber wir dürfen bei der Pflege unserer wohleingerichteten Idiosynkrasien nicht auf die Außenwirkung unserer Verbindungen und die Zukunft unseres Verbandes vergessen. Um mit Georg Christoph Lichtenberg zu sprechen: „Ich würde oft mich nicht mehr zu finden wissen, wenn nicht die beiden Kompass, Freundschaft und Wein mich lenkten und mir Mut gäben, *against a sea of troubles* zu kämpfen.“ Freundschaft und Wein, ja, aber es geht bei aller Beschaulichkeit eben doch um das Wirken in die Gesellschaft. Nicht nur in einem Mega-Wahljahr.

Tradition, das bedeutet jedenfalls Weitergabe des Worts, des Inhalts, des Lebendigen an die nächste Generation. Dazu muss es aber lebbar sein; und es muss eine nächste Generation geben. Darüber aktiv nachzudenken, wäre die Pflicht reger Geister in einem Akademikerverband. Tradition, das kann nach Lichtenberg auch bedeuten, zu folgendem Schluss zu kommen (an dieser Stelle gleich im doppelten Wort-sinn): „Dieses haben unsere Vorfahren aus gutem Grunde so geordnet, und wir stellen es aus gutem Grunde nun wieder ab.“ Oder erfinden es (und uns) beständig neu.



Mag. Lucas Semmelmeier (Rt-D)

ist Theologe, Religionspädagoge und Ethiker.

Diplomarbeit zur Religionsschrift Immanuel Kants.

Er lebt und lehrt in Wien.

DIE MYTHEN DES 12. FEBRUAR 1934

GERHARD HARTMANN

Kaum ein Datum der Geschichte Österreichs der letzten hundert Jahre hat für derart intensive Kontroversen gesorgt, wie jener Montag, 12. Februar 1934, als Teile des sozialdemokratischen Republikanischen Schutzbundes mit einem bewaffneten Aufstand begonnen hatten. Vor allem nach 1945 bezeichnet sich die Sozialdemokratie als Opfer des „Bürgerkriegs 1934“ und der SPÖ-Historiker (und bekennende Katholik) Norbert Leser nannte 1968 den 12. Februar ein „Heldenepos“. Rund drei Generationen später ist es angebracht, den dieses Datum umrankenden Mythen nachzugehen.



Aufstand der republikanischen Schutzbündler in Österreich Februar 1934. Soldaten des Bundesheeres vor der Oper in Wien.

AUTORITÄRES SYSTEM ZUR ABWEHR DER NAZIS

Zu Beginn des Jahres 1934 galt in Österreich noch formell die Bundesverfassung 1920/29. Allerdings hatte sich der Nationalrat selbst aus-

geschaltet und in der Folge auch der Verfassungsgerichtshof. Aber es gab noch weiterhin den Bundesrat und funktionierende Landesregierungen sowie Landtage. An der sich ab 1932 abzeichnenden Dreiteilung der poli-

tischen Lager – Christlichsoziale, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten – hatte sich nichts geändert. Auch wenn seit April 1933 keine Wahlen mehr stattgefunden hatten und es damals keine mit heute vergleichbare Mei-

nungsforschung gab, kann man davon ausgehen, daß die Nationalsozialisten inzwischen das relativ stärkste Lager geworden waren.

Für die Regierung Dollfuß war daher die Konfrontation

mit der Sozialdemokratie zweitrangig geworden. Und sie hat bewusst auf die Errichtung eines autoritären Systems hingearbeitet, wie Bundeskanzler Engelbert Dollfuß (F-B) bereits bei seiner Rede auf dem Trabrennplatz (11. September 1933) angekündigt hatte. Die Sozialdemokratie befand sich Anfang 1934 in einer ausweglosen Situation, die am 12. Februar 1934 zu einer „Explosion des Pulverfasses“ führte. Nach Helmut Wahnout (Nc) hat aber das für die Regierung wie die Eröffnung einer „zweiten Front“ gewirkt.

KEIN BÜRGERKRIEG, KEIN KAMPF FÜR DIE DEMOKRATIE

Versuchen wir daher, den Mythen um diesen 12. Februar nachzugehen, auf den 1934 – so wie zufälligerweise auch 2024 – der Faschingsmontag fiel. Die „Reichspost“ schrieb daher am 13. Februar 1934 von einer „roten Fastnacht“. Einer dieser Mythen ist die Frage, ob die Konfrontation seitens der Regierung für diesen konkreten Tag bewusst herbeigeführt wurde. Äußerungen des Heimwehr-

führers Emil Fey (ehemals Rd EM) sowie Tage zuvor vorgenommene Hausdurchsuchungen nach Waffen könnten in diese Richtung weisen. Dagegen spricht aber, dass an diesem Tag die Bundesregierung in der Früh im Stephansdom zur Messe anlässlich des Krönungsjahrestages von Papst Pius XI. erschien. Hätte man so etwas „von oben“ geplant, wäre man aus Sicherheitsgründen wohl nicht dort korporativ aufgetreten.

Ein weiterer Mythos ist die Benennung der Februar-Ereignisse als einen Bürgerkrieg. Das waren aber diese nicht. Ein Bürgerkrieg war der ab 1936 in Spanien. In Österreich haben Teile des inzwischen verbotenen Republikanischen Schutzbunds aus einer für sie als aussichtslos wahrgenommenen Situation heraus Aufstandsaktionen begonnen. Ein Bürgerkrieg in Österreich wäre dann gegeben gewesen, wenn die Weinviertler gegen die Waldviertler zu Felde gezogen wären, um dieses groteske Beispiel heranzuziehen.



Soldaten des Bundesheeres vor der Staatsoper



Gedenktafel am Karl Marx-Hof in Wien

Oder wenn es tatsächlich einen flächendeckenden Generalstreik, begleitet von breit gestreuten Gewaltaktionen, gegeben hätte. Stefan Zweig schrieb dazu in seiner Autobiographie „Die Welt von gestern“: „Ich war an diesen drei Tagen in Wien. Aber da ich ehrlicher Zeuge sein will, muß ich das zunächst paradox scheinende Faktum bekennen, daß ich von dieser Revolution selbst nicht das mindeste gesehen habe.“

Ein anderer Mythos ist die von der Sozialdemokratie vorgenommene Stilisierung, man habe für die Demokratie gekämpft. In Gedenkreden und auf Gedenktafeln ist davon oft die Rede. Aber war das Ziel dieses Aufstands wirklich die Wiederherstellung der vollen Geltung der österreichischen Bundesverfassung? Davon ist bei den Äußerungen der Aufständischen nicht die Rede. In einem Aufruf am 12. Februar 1934 heißt es u. a.: „Nun gilt der Endkampf gegen Dollfuß und seine Faschisten! Der Endkampf gegen Kapitalismus. Es lebe der Sozialismus!“ Auch Richard Bernaschek, dem unmittelbaren Auslöser des Februaraufstandes, ging

es nicht um die Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie: „Nicht im Kampf um die Demokratie, sondern im Kampf um den Sozialismus werden wir die entschlossenste Gefolgschaft finden. Unser Programm kann nicht lauten: Wiederherstellung des Parlaments. Das begeistert nicht einen einzigen Arbeiter.“

Der Mythos vom „Arbeiter-Mörder Dollfuß“ ist ein verbreitetes Schlagwort. Damit ist die Tragik der nach dem 12. Februar hingerichteten Schutzbund-Aufständischen gemeint, von denen jeder einzelne zuviel war. Zweifelsohne haben diese den Tatbestand des Aufstands nach §73 des damaligen Strafgesetzes erfüllt. Aufgrund des in Abwehr des Nationalsozialismus bereits im Herbst 1933 in Anwendung gebrachten Standrechts gemäß der damaligen Strafprozessordnung stand darauf die Todesstrafe. Die Richter konnten daher zu keinem anderen Ergebnis kommen. Der Bundespräsident konnte zwar begnadigen, allerdings musste das vom Justizminister beantragt werden. Der war damals Kurt

Schuschnigg (AIn), der vom Wiener Erzbischof Theodor Kardinal Innitzer (NdW) darum gebeten wurde – allerdings zum Teil vergebens.

Damit eng zusammen hängt der heroisierende Mythos über die Hinrichtung des angeblich mit der Bahre zum Galgen gebrachten verwundeten Karl Münichreiter. In einem authentischen Bericht des Gefängnispfarrers am Wiener Landesgerichts Eduard Köck (Rd) steht: „Ging, eine Zigarette rauchend, seenruhig aus der Arrestzelle zur Richtstätte.“

Bei der Niederwerfung des Februar-Aufstandes waren auch CVer in den verschiedenen Wehrformationen beteiligt. Nach einem Bericht des Vororts des ÖCV nahmen von insgesamt möglichen 1372 Studenten 513 an den Kämpfen teil, das sind 37 Prozent. Vier CVer wurden dabei verletzt. (Im übrigen konnte an diesem 12. Februar die Rudolfiner-Redoute in der Hofburg natürlich nicht stattfinden.) Vom Historiker Kurt Bauer wurden insgesamt 357 Todesopfer namentlich ermittelt. Von diesen sind 111 den Aufständischen,

112 der Exekutive und 134 den sogenannten Nicht-Kombattanten zuzurechnen. Diese sind mehr oder minder aus Versehen „zwischen die Fronten“ geraten. Die besondere Tragik dieser Ereignisse lag unzweifelhaft bei diesen unbeteiligten Opfern.

FÜR DIE LINKE IST DIE SCHULDFRAGE EINDEUTIG

Zu den polithistorischen Kontroversen um den 12. Februar stellte 1993 der Grazer Kirchenhistoriker Maximilian Liebmann (Cl) fest: „Solange es Straßen, Gassen und

Plätze gibt, die nach Richard Bernaschek und Koloman Wallisch benannt sind, aber keine nach Engelbert Dollfuß, ist Wesentliches an Österreichs jüngerer Geschichte nicht aufgearbeitet, sondern bloß ideologisch instrumentalisiert.“ In diesem Zusammenhang wäre es trotz seines tragischen Endes angebracht, sich mit dem steirischen Schutzbundführer Wallisch zu beschäftigen, und zwar über seine nicht allzu zimperliche Rolle in der ungarischen Räterediktatur nach 1918 unter Béla Kun. Dazu braucht man nur die österreichischen

BRIEF SCHUSCHNIGGS AN INNITZER VOM 21.2.1934

Veröffentlicht in Kathpress-Informationen Nr. 11, 16. 3. 1984, 1f.

Der Brief befindet sich im Diözesanarchiv Wien, wurde von dem Grazer Kirchenhistoriker Maximilian Liebmann (Cl) im Original dort entdeckt und Anfang März 1984 im Rahmen eines Symposiums der Öffentlichkeit vorgestellt. Eine Abschrift oder dergleichen befindet sich nicht im Österreichischen Staatsarchiv (lt. Email-Mitteilung 28. 8. 2023 von stv. Direktor Stefan Mach an Gerhard Hartmann). Der Brief ist etwas gekürzt.

Eure Eminenz!

[...] Ich darf versichern, daß ich mit Rücksicht auf diesen Wunsch Eurer Eminenz Gnadenanträge an den Herrn Bundespräsident gestellt habe. Von den rund 150 Tätern, die vor das Standgericht gestellt wurden, mußte an acht Tätern die Todesstrafe vollzogen werden.

Die Behauptung [...], daß ein Schwerverletzter justifiziert worden sei, ist eine der Wahrheit widersprechende Tendenzmeldung. Richtig ist lediglich, daß der erste vor das Standgericht gestellte Täter in Wien [...] bei den Straßenkämpfen eine Verletzung am Schultergelenk erlitten hatte, die ihn jedoch nach gerichtsärztlichem Gutachten nicht als schwer erkrankt bezeichnen ließ. Im Falle schwerer Erkrankung ist nach dem Gesetz eine Verurteilung im standrechtlichen Verfahren ohnedies ausgeschlossen. Der betreffende Angeklagte konnte sich auch ohne Schwierigkeiten persönlich und stehend bei der mehrere Stunden währenden Verhandlung verantworten, woraus allein schon hervorgeht, daß er nicht schwer verletzt sein konnte.

In allen übrigen Fällen handelte es sich um schwerste Gewalttäter, durch deren unmittelbares Verschulden Todesopfer der Exekutive und zum Teil auch völlig unbeteiligter Dritter zu beklagen sind [...]. Ich kann daher gut Gewissens sagen, daß der Vollzug der Todesstrafe nur wirklich schwerst Schuldige getroffen hat. Mit Rücksicht auf den großen Umfang der standgerichtlich Verurteilten und der Zahl der verhängten Todesurteile ist die Anzahl der Justifizierten glücklicherweise eine sehr geringe zu nennen. [...]

Ich habe [...] mich nach bestem Wissen und Gewissen von den traurigen Notwendigkeiten leiten lassen, die einerseits durch die zwingend gebotene Abschreckung und andererseits durch gerechte Sühne diktiert waren. Ich bitte Eure Eminenz, diesen Bericht zur Kenntnis nehmen zu wollen, und überzeugt zu sein, daß für den, der die Verantwortung zu tragen hatte, diese Tage wohl zu den schwersten seiner Amtstätigkeit zählten.

Ich verharre als Eurer Eminenz in besonderer Verehrung verharrender

Kurt Schuschnigg

Zeitungen vom 18. Dezember 1929 aufzuschlagen. In diesen wird über ein Gerichtsverfahren in Graz berichtet, in dem Beweise vorgebracht wurden, wonach Wallisch als Vorsitzender eines „Revolutionstribunals“ Todesurteile gefällt hat.

Im Februar 1964 kam es zwischen dem damaligen Bundeskanzler Alfons Gorbach (CI) und dem SPÖ-Vizekanzler Bruno Pittermann an den Gräbern der Februar-Kämpfer auf dem Wiener Zentralfriedhof zu einer Versöhnungsgeste, als sie sich die Hände gaben. Doch von dieser ist leider bei den

folgenden runden Gedenktagen nicht viel übriggeblieben. Allerdings war die Gedenkveranstaltung am 12. Februar 2004 im Parlament beachtenswert, bei der versucht wurde, eine gemeinsame Betrachtung zu finden. Jungsozialisten entfalteten hingegen am Ring ein Transparent: „Wie wird man ÖVP-Patriot? Demokratie abschaffen, ArbeiterInnen ermorden, Diktatur errichten!“

Die Sozialdemokratie lehnt weiterhin die These einer „geteilten Schuld“ kategorisch ab, das heißt den Versuch, die Ursachen für die Katastrophe der Ersten Republik

nicht nur bei einer – nämlich der christlichsozial-bürgerlichen – Seite zu sehen.

Hätte es zwischen „Rot“ und „Schwarz“ vor 1934 zu einer Versöhnung kommen können? Der ehemalige Verfassungsgerichtshofpräsident Ludwig Adamovich (AIIn EM) resümiert dazu: „Eine solche Versöhnung hätte aber wohl zur Voraussetzung gehabt, daß einerseits die Regierung eine positive Hal-

tung zur parlamentarischen Demokratie gefunden und andererseits die Sozialdemokratie sich von der Klassenkampfideologie und der sicher überzogenen Forderung einer völligen Trennung von Staat und Kirche distanziert hätte. Aber in den dreißiger Jahren hätten solche Konzessionen offenbar die Aufgabe wesentlicher Elemente des eigenen Selbstverständnisses bedeutet. Der lachende Dritte war der Nationalsozialismus.“



Univ.-Doz. Dr. Gerhard Hartmann (Baj et mult.)

ist studierter Theologe und ÖCV-Historiker. Er lebt und arbeitet in Nordrhein-Westfalen.

LESERBRIEFE

ACADEMIA 5/2023: „WENIG INTERESSE, HOHE IGNORANZ“

Vorarlberg hat ungefähr 400.000 Einwohner. In den Jahren 2020 und 2021 wurden etwa je 200 Covid-Tote gezählt („mit“ oder „an“). Angenommen, die Hälfte der Vorarlberger wäre infiziert gewesen, dann wäre die Infektionssterblichkeit 0,1 Prozent gewesen. Das ist so hoch wie bei den jährlichen Grippewellen. Diese Grippewellen sind jedoch in den letzten 50 Jahren nie als Pandemien

behandelt worden. Ich halte daher die erlittenen zweieinhalb Pandemiejahre für eine Unerhörtheit, mit der man, neben unsäglichen Beeinträchtigungen, auch uns alten Leuten wertvolle Jahre, die uns womöglich noch geschenkt sind, gestohlen hat. Soweit mein Hausverstand.

Einen Hinweis auf den Aufsatz der drei Cartellbrüder „Wissenschaft in den Augen von Politik und Öffentlichkeit“, der mir gut gefallen hat, will ich noch machen. Dort wird eingangs Karl Popper

zitiert, dessen Verständnis von Wissenschaftlichkeit von vielen Damen und Herren der Wissenschaft, die in der Pandemie das Sagen hatten, nicht beachtet worden ist, Widerspruch zur Tagesmeinung kam nicht vor.

Wilhelm Klagjan (Trn)

ACADEMIA 5/2023: „WIR MÜSSEN WIEDER LERNEN GESCHICHTEN ZU ERZÄHLEN“

Steinhauser beurteilt die Tätigkeit von Niki Popper in der Coronakrise uneingeschränkt positiv. Zur Erinnerung: Popper hat am Beginn der Pandemie für Österreich „einige zehntausend Tote in den nächsten Wochen“ prognostiziert. Das war unrichtig, hatte aber katastrophale Fol-

gen für die Weichenstellungen in der Politik. BK Kurz verkündete umgehend „Jeder werde schon bald in seinem sozialen Umfeld einen Trauerfall erleben.“ Das folgende Procedere war durch irrationale Angst getriggert, manche der angeordneten Maßnahmen hatten kaum Nutzen für die Volksgesundheit, andere wirkten sogar kontraproduktiv. Von den langfristigen Kollateralschäden und enormen Kosten ganz zu schweigen.

Bis heute hat die Öffentlichkeit keine Erklärung von Popper erhalten, wie es zu seiner Fehlleistung gekommen ist. Naheliegender wäre eine unzureichende Datenlage. Aber dann darf man nicht mit der Autorität des renommierten Forschers solche

BILDQUELLENVERZEICHNIS:

S. 11: Uliana – stock.adobe.com

S. 12: Othmar Karas: Jakob Glaser

S. 13: Lukas Mandl: Martin Lahousse

S. 27: Bundesarchiv Bild 102-00329 / Februarkämpfe / CC BY-SA 3.0 de

S. 29: Bundesarchiv Bild 102-00805 / Februarkämpfe / CC BY-SA 3.0 de

Zahlen als wahrscheinliches Zukunftsszenario verbreiten. Es gibt auch die Vermutung, der „Experte“ habe sich von der Regierung instrumentalisieren lassen. Auch nicht völlig abwegig, konnte man schließlich damals häufiger beobachten.

Ich will die akademische Leistung von Popper nicht schmälern, aber sein intransparentes Verhalten war der Glaubwürdigkeit der Wissenschaft nicht dienlich.

Klaus Auer (Dan)

ACADEMIA 5/2023: „MELIORISIERUNG STATT FRISS ODER STIRB!“

Eine Bemerkung aus dem Interview mit Prof. Prüller-Jagenteufel möchte ich aber nicht ganz unwidersprochen lassen, nämlich dass es für derartige Entscheidungen römischer Behörden „keine Begründungspflichten gibt“ (S. 20).

Gemäß can. 51 des *Codex Iuris Canonici* besteht für Dekrete kirchlicher Autoritäten – vatikanische nicht ausgenommen – die ausdrückliche Verpflichtung zu einer „wenigstens summarischen Begründung“, die ihrem Wesen nach wohl nur dann rechtlich ausreichend sein kann, wenn die der Entscheidung zugrundeliegenden Argumente zumindest so detailliert dargelegt wurden, dass ihre Überprüfung überhaupt möglich (und somit das Verteidigungsrecht

gewahrt) ist. Ist dagegen die Begründung einer Verwaltungsentscheidung nicht geeignet, die Entscheidungsgründe der Behörde nachvollziehen zu können (also „intransparent“: S. 20), kann (z.B. im Rahmen einer Abänderungsbitte gemäß Art. 135 § 1 des *Regolamento Generale della Curia Romana*) deren entsprechende Ergänzung verlangt werden.

Bei dauerhaft mangelnder Begründung dagegen droht letztendlich schlicht die Aufhebung eines Dekrets durch die Apostolische Signatur. Oder, um einen kurialen Kollegen von mir zu zitieren: „Über meinen Schreibtisch gehen viele Verwaltungsverfahren. Da müssen wir gründlich arbeiten, sonst hebt uns die Signatur das alles wieder auf.“ Auch wenn dies, falls die einzige Motivation, weil bloß formal, bei weitem unzureichend bleiben mag, muss man doch festhalten: Ja, an diesem römischen Schreibtisch ist eine Botschaft angekommen!

Johannes Fürnkranz (Rd, S-B)

ACADEMIA 5/2023: „PRÄFASCHISTOIDE NORMALITÄT“

Ich danke Professor Kaspar (Am) herzlich für diese Zeilen: „Wenn es nach „Standard“ & Co. geht, dann sollte die ÖVP „mehr christlich-sozial“ sein (Es erstaunt mich immer wieder, wie sehr gerade die professionellen Heuchler, die mit Christentum oder Religion aber schon

gar nichts am Hut haben, immer wieder hier „gute“ Ratschläge geben!)“ Besser kann man es nicht beschreiben!

Alexander Schwab-Trau

ACADEMIA 4/2023 UND 5/2023: KOMMTARE VON H. KASPAR (Am)

In den beiden letzten Ausgaben der *Academia* haben mich neben anderen Beiträgen besonders die Kommentare von Herbert Kaspar (Am) „Der Fall Zadic“ und „Präfaschistoide Normalität“ beeindruckt. Mit viel Sachverstand und politischem Instinkt zeigt er die Fehlentwicklungen der Innenpolitik sachlich und konsequent auf. Jeder Kommentar ein echtes Lesevergnügen.

Helmuth Apfelthaler (Rg)

ACADEMIA 6/2023 „DER NEUE ANTISEMITISMUS: MUSLIMISCH, WOKE, LINKS“

Es ist erschütternd, wie sogar schon ÖVP-Abgeordnete von gesetzgebenden Körperschaften mit einer auffallenden Naivität bzw. Verantwortungslosigkeit auf die aktuelle Flüchtlingskrise reagieren. LAbg. Mag. Hungerländer ist mitverantwortlich dafür, dass diese Menschen überhaupt ins Land gelassen wurden, falsche Fluchtanreize geschaffen wurden (österreichisches Sozialsystem, fehlende Limitation durch Sachleistungen) und die seit Jahrzehnten dritthöchste Asylwerberzahl von der ÖVP

abgefeiert wird, als wäre es ein Erfolg. Dabei hilft es auch wenig, wenn zutreffend woher Antisemitismus kritisiert wird. Wenn die ÖVP jemals den Innenminister stellen sollte, wird sicher alles besser werden.

Gottfried Forsthuber (V-B)

ACADEMIA 6/2023: „GREEN DEAL“

Zum einen freuen mich die offenerzigen Ausführungen von MEP Barbara Thaler, die ich in vielen Passagen teile. Man kann zusammenfassen, dass wir in Brüssel das politische Handeln doch sehr patschert angehen, während uns andere Regionen in den aktuellen Herausforderungen am Globus mit Sturheit, Konsequenz und Brutalität links und rechts überholen. Es ist nicht verwunderlich, dass die europäische Bevölkerung in ihrer Einstellung zur EU skeptischer wird. Wann sagt endlich wer „Europe first“ und denkt dabei an den Geist der EG, wie wir sie zu Zeiten des österreichischen Beitritts hatten? Verwunderlich ist umso mehr, dass Frau Thaler nicht nur MEP ist, sondern auch für die Europäische Volkspartei im Parlament sitzt. Sie sollte ihr Anliegen vielleicht auch der Kommissionspräsidentin mitteilen und selbst in ihrer Rolle und Verantwortung als MEP der Volkspartei etwas tun!

Wolfgang Ruff (Rg)

9 bis 5? Sicher nicht mit mir!

Sag uns, wie DU arbeiten
willst und starte deine
**Vertriebskarriere mit
flexiblen Arbeitszeiten.**



Jetzt auf
unika.at

Tanja Köb,
Kundenberaterin,
Vorarlberg